

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018

AKTUELLES

Fachkräfte anlocken - Chancen für Geduldete	2
Vierte Säule der Krebsmedizin.....	6

KULTURPOLITIK

Buchmesse wächst: Ausland und Publikum	12
Budapests Literaturmuseumschef tritt ab	15
Deutscher Sprachpreis für Josef Kraus.....	17

BERUF UND WEITERBILDUNG

Begehrter Job bei Bayerns Polizei	18
Fensterputzer der Elbphilharmonie	19

FORSCHUNGSPOLITIK

«Astro-Alex» ist neuer ISS-Kommandant.....	23
Klimaforscher mit Report zu 1,5-Grad-Ziel	23

HOCHSCHULE

Neues Studienjahr in Niedersachsen und HB	29
Merkel Ehrendoktorin der Uni Haifa	32
Uniradio mephisto 97.6 mit Videoredaktion	33

SCHULE

Eltern in BaWü sauer wegen Unterrichtsausfalls.....	34
Nieders.-AfD weist «Stasi-Methoden» zurück	35
Rechnungshof gegen Bundeshilfe für Länder	37

VORSCHULE

Mütter arbeiten früher wegen Elterngeldes.....	40
--	----

TERMINE

.....	42
-------	----

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE	46
--	-----------

Verantwortlich: Christine Cornelius, +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Fachkräfte anlocken - Chancen für Geduldete

Berlin (dpa) - Heizungsbauer, Bäcker und andere Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten sollen künftig zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate nach Deutschland kommen dürfen. Das Bundeskabinett beschloss am 2. Oktober nach einer Einigung der Koalitionsspitzen ein entsprechendes Eckpunktepapier. Im Streit um einen «Spurwechsel» für abgelehnte Asylbewerber in Deutschland aus dem Asyl- ins neue Zuwanderungsrecht hat sich die Koalition auf Grundsätze, aber noch nicht auf die entscheidenden Kriterien geeinigt.

Voraussetzung für die Fachkräftezuwanderung sollen eine qualifizierte Ausbildung und Deutschkenntnisse sein. Außerdem müssen die Ausländer während der Jobsuche ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Eine vergleichbare Regelung gibt es schon für Hochschulabsolventen. Eine «Zuwanderung in die Sozialsysteme» soll es ebenso wenig geben wie einen Rechtsanspruch auf Einreise. Das heißt, letztlich entscheidet die Botschaft, ob ein Visum erteilt wird. Die neue Möglichkeit soll auf fünf Jahre befristet werden. Wegfallen soll im Grundsatz die Vorrangprüfung, nach der Arbeitgeber zum Nachweis verpflichtet sind, keinen einheimischen Arbeitssuchender zu finden. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit soll sie wieder eingesetzt werden können.

Heil: «Nicht die Falschen abschieben»

Für Menschen, die bereits mit Duldungsstatus im Land sind, soll es bundesweit geltende Regeln für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis und eines sichereren Aufenthaltsstatus geben. Bekommen können soll diesen laut dem Beschluss, wer durch Erwerbstätigkeit seinen Lebensunterhalt sichert und gut integriert ist. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sagte, die Regierung peile für diese Menschen einen sicheren, verlässlichen Status an, «damit wir nicht die Falschen abschieben». Innenminister Horst Seehofer (CSU) sagte, Menschen aus «sicheren Herkunftsstaaten» würden aufgenommen.

Bereits bestehende Möglichkeiten für Geduldete sollen also erweitert werden. Seehofer, Heil und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) wollen die Pläne in einem Gesetzentwurf ausgestalten, der laut Heil in diesem Jahr ins Bundeskabinett kommen soll. Damit könnte es zur Definition der Kriterien für Geduldete erst nach den für die Parteien wichtigen Landtagswahlen in Bayern am 14. und Hessen am 28. Oktober kommen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - AKTUELLES

Die Minister sagten, über den Begriff «Spurwechsel» sei nun nicht mehr gesprochen worden, stattdessen habe man eine pragmatische, lebensnahe Lösung gefunden. Seehofer meinte: «Was soll die ganze theoretische Diskussion über Begriffe?» Wechsel aus einem laufenden Asylverfahren in Arbeitsmigration werde es nicht geben, sagte Heil. Eine auch debattierte Stichtagsregelung ist vom Tisch.

Altmaier sagte, mit dem geplanten Gesetz stelle die Regierung sicher, «dass alle Arbeitsplätze für Fachkräfte auch besetzt werden können». Die wirtschaftliche Dynamik könne ohne Bruch weitergehen. Ideologische Streitpunkte würden beiseite gelegt. Heil sprach von einer Basis für ein modernes Einwanderungsgesetz für Deutschland.

Der Arbeitgeberverband BDA begrüßte die Pläne als «überfällig und richtig», wie Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter sagte. Dass die Fachkräftezuwanderung nicht mehr auf Engpassberufe beschränkt werden solle, erlaube, dass der tatsächliche Bedarf gedeckt werde. Geplante Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse seien aber nicht ehrgeizig genug. Kommen müsse außerdem eine echte Beschleunigung der Zuwanderungsverfahren.

CDU-Innenexperte: «Zerstreute Kompetenzen bündeln»

«Bisher verlieren wir viel Zeit mit zu langen Anerkennungs- und Visaverfahren», sagte auch der Innenexperte der Unionsfraktion, Mathias Middelberg (CDU). «Die bisher zerstreuten Kompetenzen der verschiedenen Behörden müssen gebündelt werden.» Der Vorsitzende der CSU-Mittelstands-Union, Hans Michelbach, begrüßt die Einigung vor allem mit Blick auf die mittelständischen Betriebe. Familienministerin Franziska Giffey (SPD) verspricht sich nach eigenen Worten von dem Gesetz auch Antworten auf den demografischen Wandel und den Pflegemangel.

AfD-Chef Alexander Gauland interpretierte den Beschluss so, dass der Spurwechsel entschieden ist, aber «nicht mehr so genannt werden» soll. «Damit wollen die Koalitionsparteien die Deutschen obendrein täuschen», sagte Gauland.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, forderte über den Koalitionskompromiss hinaus eine Bleiberechtslösung für alle langjährig von Kettenduldungen Betroffenen. Die Migrationsexpertin der Grünen-Fraktion, Filiz Polat, warnte vor einem «Mehr an Bürokratie und undurchsichtigen Regelungen».

A. Clasmann, M. Herzog, G. Ismar, B. Wegener (Berlin)

Fachkräfte willkommen, Hoffnung für Geduldete

Berlin (dpa) - Seit einem Vierteljahrhundert streiten die Parteien darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsgesetz braucht oder nicht. Jetzt hat die große Koalition Eckpunkte für einen Gesetzentwurf vorgelegt. Allerdings geht es dabei nur um Fachkräfte. Was mit den Menschen ist, die jahrelang mit einer «Duldung» in Deutschland leben, arbeiten und sich nichts zuschulden kommen lassen, soll zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden - im Aufenthaltsgesetz. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Beschluss des Bundeskabinetts:

Was ist im Kern geplant?

Fachkräfte mit Berufsabschluss und Deutschkenntnissen aus Nicht-EU-Staaten sollen zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate nach Deutschland kommen dürfen - aber nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Für abgelehnte Asylbewerber, die mit Duldungsstatus im Land sind, soll es nach bundesweit geltenden Regeln eine Arbeitserlaubnis und einen sichereren Aufenthaltsstatus geben. Wie der aussehen kann, ist aber noch völlig unklar.

Vom «Spurwechsel», also dem Wechsel aus dem Asyl- ins Aufenthaltsrecht, wollten die beteiligten Minister am 2. Oktober nicht reden - obwohl es am Ende doch darauf hinauslaufen könnte. Günter Burkhardt, Geschäftsführer Pro Asyl, mahnt: «Ein Geduldeter hat keinen sicheren Status. Da braucht es eine Aufenthaltserlaubnis.» Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg, betont: «Es gibt keinen allgemeinen Spurwechsel für Asylbewerber und damit keine Fehlanreize.»

Wer durfte jetzt schon kommen, um sich hier einen Job zu suchen?

Bisher war das nur für Ausländer mit Hochschulabschluss möglich. Sie können jetzt schon nach Deutschland kommen, um sechs Monate lang auf Jobsuche zu gehen. Allerdings nur dann, wenn sie einen deutschen oder einen vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss haben. Außerdem müssen sie nachweisen, dass sie für ihren Lebensunterhalt in diesem halben Jahr selbst aufkommen. Arbeiten dürfen sie in dieser Zeit nicht. Da der Fachkräftemangel aber auch nicht-akademische Berufe betrifft, wird dieser Kreis jetzt erweitert.

Dürfen abgelehnte Asylbewerber nicht jetzt schon arbeiten?

Ja, aber auf ihren Aufenthaltsstatus hat das über Jahre hinaus keine Auswirkungen. Das bedeutet eine große Unsicherheit für sie. Außerdem ist es auch für ihre Arbeitgeber schlecht, die nicht wissen, wie lange ihnen der Mitarbeiter noch zur Verfügung steht. Und die Regelungen werden nicht in allen Bundesländern gleich angewendet.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - AKTUELLES

Es gibt allerdings Ausnahmen: Wer seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt, «hinreichende mündliche Deutschkenntnisse» hat, sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt und wohl für seinen Lebensunterhalt aufkommen dürfte, der kann eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wer minderjährige Kinder hat, für den gibt es diese Möglichkeit schon nach sechs Jahren. Besondere Regelungen gelten für Jugendliche oder junge Menschen, die hier eine Ausbildung machen.

Anders als bei der Anwerbung von Fachkräften kommt es bei geduldeten Ausländern also nicht auf die Qualifikation an, sondern auf Integration, Aufenthaltsdauer und Sprachkenntnisse. Denkbar wäre es, künftig Fristen zu verkürzen oder zusätzliche Kriterien zu schaffen.

Wen betrifft die Neuregelung konkret?

Nach Darstellung des Innenministeriums würden vor allem Menschen profitieren, die auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise gekommen sind. «Es gibt aus den Jahren 2015 und 2016 eine Gruppe von Personen, die in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft gut integriert sind und aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können», hieß es. «Gleichzeitig wollen wir für die Zukunft unter anderem mit Ankerzentren dafür sorgen, dass Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller abgeschoben werden.»

Was ist, wenn ein arbeitender Geduldeter später seinen Job verliert?

Das ist noch nicht klar. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) versprach Kriterien für Betroffene, die keinen Wust von Durchführungsbestimmungen erfordern. «Es macht doch einen Unterschied, ob jemand, der bislang geduldet ist und eine relativ kurze Zeit gearbeitet hat, nach zwei Monaten wieder arbeitslos wird, oder ob es jemanden gibt, der seit 14 Jahren hier ist und die ganze Zeit gearbeitet hat, hinterher vielleicht außerhalb des Duldungsstatus noch mal zehn Jahre arbeitet und aus irgendeinem Grund seinen Arbeitsplatz verliert.»

Wie viele Fachkräfte fehlen in Deutschland?

Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fehlen den Unternehmen 1,6 Millionen Arbeitskräfte. Fast jedes zweite Unternehmen gab im DIHK-Arbeitsmarktreport 2018 an, offene Stellen längerfristig nicht besetzen zu können. Stellen für Fachkräfte bleiben heute länger unbesetzt als noch vor zwei Jahren, laut Bundesagentur für Arbeit (BA) sind es aktuell im Schnitt 107 Tage. Im vergangenen Jahr waren es 103 Tage, im vorvergangenen 97 Tage. Verschärft habe sich die Lage etwa in Bauberufen. Große Engpässe gebe es aber auch in technischen Berufen von Sanitär bis IT oder bei Gesundheit und Pflege.

Was sollen Fachkräfte mitbringen für einen Job in Deutschland?

Sprachkenntnisse und eine qualifizierte Ausbildung. Diese muss aber nicht unbedingt deutschen Standards entsprechen, 18-monatige Nachschulungen hierzulande sind auch heute schon möglich und sollen stärker genutzt werden. IT-Fachkräfte und Kräfte aus anderen Branchen mit besonderem Bedarf sollen auch ohne formale Qualifikation kommen dürfen, falls sie genug Erfahrung haben. Sprachkurse des Goethe-Instituts will die Bundesregierung stärker fördern. Besonders um Gesundheits- und Pflegekräfte soll geworben werden.

Martina Herzog, Anne-Béatrice Clasmann und Basil Wegener (Berlin)

Internet

- Bundesarbeitsministerium zum Arbeitsmarktzugang <http://dpaq.de/JJasz>
- BA Fachkräfteengpassanalyse <http://dpaq.de/S4mL4>
- Aufenthaltsgesetz zum Zugang für Geduldete <http://dpaq.de/JRx6Y>

Vierte Säule der Krebsmedizin

Stockholm/Berlin (dpa) - Die Verfahren helfen bei weitem nicht allen Patienten, aber sie können Menschen retten, die sonst kaum eine Chance hätten: Immuntherapien sind die neuen Hoffnungsträger in der Krebsmedizin. «Früher gab es drei Säulen in der Krebstherapie: Operation, Strahlentherapie und Chemotherapie», erklärte der US-Immunologe James Allison einmal, der dieses Jahr zusammen mit seinem japanischen Kollegen Tasuku Honjo den Nobelpreis für Medizin erhält. «Heute haben wir eine vierte Säule - die Immuntherapie.» Angewendet wird diese derzeit vor allem beim Melanom, also Schwarzem Hautkrebs, aber auch bei manchen Tumoren von Lunge, Niere und Blase sowie beim Hodgkin-Lymphom, einem Tumor des Lymphsystems.

Im Gegensatz zu Chemo- oder Strahlentherapie zielt die Immuntherapie nicht direkt auf den Tumor ab. Stattdessen soll sie das Immunsystem des Patienten dazu bringen, den Krebs zu bekämpfen. Die Anfänge reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück: Schon in den 1860er Jahren berichtete der Bonner Chirurg Wilhelm Busch von einer Frau, deren Tumor nach einer Infektion schrumpfte. In den 1890er Jahren injizierte der New Yorker Chirurg William Coley abgetötete Bakterien - sogenannte Coley-Toxine - in Tumore. Die Behandlung führte zu Fieber und half auch einigen Patienten.

Doch dann ließ die aufkommende Chemotherapie die Immuntherapie lange in den Hintergrund treten - bis in die 1980er Jahre. Inzwischen sind die Mechanismen von Coleys Versuchen weitgehend verstanden: Bestimmte Bakteriengifte im Tumor können die Körperabwehr stimulieren, so dass sie

den Krebs angreift. Zur Klärung der Frage, wie man das ungemein komplizierte Immunsystem gezielter einsetzen kann, trugen Honjo von der Universität Kyoto und Allison vom MD Anderson Cancer Center in Houston entscheidend bei.

Unabhängig voneinander entwickelten beide in den 1990er Jahren die Grundlagen der sogenannten Checkpoint-Therapie, der am weitesten entwickelten Immuntherapie. Sie basiert darauf, dass die T-Zellen des Immunsystems einen Tumor gewöhnlich nur kurz angreifen, bevor sich die Reaktion abschwächt. Ein Grund für diese Immuntoleranz sind molekulare Bremsen auf den T-Zellen - die Checkpoints. Diese sollen eigentlich eine überbordende Immunreaktion verhindern, kommen aber auch Tumoren zugute.

Allisons Mutter starb früh an Krebs

Honjo und Allison entwickelten Verfahren, solche Bremsen zu lösen - der inzwischen 76-jährige Honjo für das von ihm entdeckte Protein PD-1, der 70 Jahre alte Allison für das Protein CTLA-4. Letzteres war schon bekannt - doch während andere Forscher die Rolle von CTLA-4 für Autoimmun-Erkrankungen untersuchten, wandte sich Allison, der im Alter von zehn Jahren seine Mutter durch Krebs verloren hatte, der Krebsmedizin zu.

«Anstatt nach Zielmolekülen auf Tumorzellen zu suchen, die wir angreifen können, blockieren wir die Brems- und Kontrollproteine auf den T-Zellen», erläuterte Allison einmal. «Dadurch wird das Immunsystem entfesselt und kann erfolgreich gegen verschiedene Arten von Krebs vorgehen.» Sowohl CTLA-4- als auch PD-1-Hemmer werden in Deutschland gegen Krebs eingesetzt.

«Patienten haben mit Hilfe der Therapie etwa bei metastasierendem Schwarzen Hautkrebs eine Immunität gegen den eigenen Tumor entwickelt», sagt Hans Reimer Rodewald vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg. «Sind die Patienten früher innerhalb weniger Monate gestorben, überleben einige von ihnen heute fünf Jahre und länger.»

Ein Schwachpunkt der Therapien ist derzeit noch, dass nur ein Teil der Patienten von der Immuntherapie profitiert: Beim Melanom sei mit dem CTLA-4-Hemmer Ipilimumab etwa jeder fünfte Patient noch nach zehn bis zwölf Jahren stabil, sagt der DKFZ-Forscher Dirk Jäger, mit einem PD-1-Hemmer knapp jeder dritte.

«Neue klinische Studien weisen darauf hin, dass Kombinationstherapien, die sowohl auf CTLA-4 als auch PD-1 abzielen, noch wirksamer sein können», schreibt das Nobelkomitee. So lässt sich der Anteil jener Melanom-Patienten, bei denen die Behandlung anschlägt, laut Jäger auf 40 bis 44

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - AKTUELLES

Prozent steigern - allerdings bei heftigeren Nebenwirkungen, darunter Hautausschlag und Entzündungen von Leber oder Lunge. Auch gegen Tumore von Lunge, Niere und Blase hilft die Kombinationsbehandlung besser.

Die Therapie ist jedoch sehr teuer: Die Behandlung mit einem PD-1-Hemmer kostet laut Jäger etwa 12 000 Euro pro Monat, mit dem CTLA-4-Hemmer Ipilimumab sogar deutlich über 20 000 Euro - die Kombination mithin mehr als 30 000 Euro.

Derzeit sind nach Angaben des Verbands der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa) in der EU fünf Checkpoint-Inhibitoren zugelassen. Grundsätzlich untersuchten eine Vielzahl von Studien solche Wirkstoffe bei den meisten Krebsvarianten, schreibt das Nobelkomitee. Und dessen Vorsitzende Anna Wedell ergänzt: «In einem Forschungsgebiet, das immer pessimistischer wurde, ist plötzlich so viel Enthusiasmus. Es hat das ganze Gebiet wiederbelebt.»

Walter Willems (Berlin)

Internet

- Offizielles Nobelpreis-Portal <http://dpaq.de/QoUTj>
- Zahlen, Daten, Fakten Nobelpreisträger <http://dpaq.de/EEgDx>
- Fakten zu Medizin-Nobelpreisträgern <http://dpaq.de/6iWDb>

Islamunterricht - Hessen sucht Ditib-Alternative

Wiesbaden (dpa) - Hessen bereitet sich auf ein mögliches Ende der Zusammenarbeit mit dem türkischen Moscheeverband Ditib beim islamischen Religionsunterricht vor. Ein Sprecher des Kultusministeriums sagte der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (2. Oktober), es werde ein «adäquates alternatives Unterrichtsangebot» erarbeitet. Über die weitere Zusammenarbeit mit Ditib sei allerdings noch nicht entschieden.

Wie geplant laufe noch bis zum Jahresende eine Frist für den Ditib-Landesverband. Bis dahin muss die Organisation nachweisen, dass sie unabhängig von der türkischen Regierung arbeitet und weiter als verlässlicher Partner geeignet ist.

Die Ditib ist die größte Islam-Dachorganisation in Deutschland. Sie untersteht der Religionsbehörde Diyanet in Ankara. Wegen ihrer großen Nähe zum türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ist der Bundesverband mit Sitz in Köln in die Kritik geraten. Der Bund fördert keine Projekte in Ditib-Trägerschaft mehr. Die Diskussion flammte zuletzt wieder auf als Erdogan vergangenes Wochenende in Köln die Ditib-Zentralmoschee eröffnete.

Nach den Worten des Ministeriumssprechers in Wiesbaden ist es schwierig, einen anderen geeigneten Partner für den bekenntnisorientierten Reli-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - AKTUELLES

gionsunterricht zu finden. Möglicherweise werde der Unterricht auch in neuen Strukturen fortgeführt.

Internet

- Homepage Ditib <http://dpaq.de/qOnZG>
- Ministerium zu islamischem Religionsunterricht <http://dpaq.de/W2TCz>

Mehr NRW-Schüler fallen durchs Abi

Düsseldorf (dpa) - In Nordrhein-Westfalen sind im diesjährigen Abiturjahrgang erneut mehr Schüler durch die Abschlussprüfungen gefallen. Die Quote der durchgefallenen Prüflinge liegt 2018 bei 4,27 Prozent, wie NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am 2. Oktober in Düsseldorf mitteilte. Im Vorjahr waren es 4,23 Prozent, 2016 sogar nur 3,51 Prozent.

Die Durchschnittsnote des Abi-Jahrgangs 2018 liegt mit 2,44 auf dem Niveau des Vorjahres. Verglichen mit ihren Mitschülern an Gesamtschulen (2,65), beruflichen Gymnasien (2,54) und Weiterbildungskollegs (2,44) haben die Gymnasiasten mit 2,39 am besten abgeschnitten. 1,9 Prozent aller Abiturienten in NRW schafften die Bestnote 1,0.

Den Angaben zufolge nahmen an den diesjährigen schriftlichen Abiturprüfungen etwa 75 800 Schüler an 622 Gymnasien und 208 Gesamtschulen teil. An Beruflichen Gymnasien (226) und Weiterbildungskollegs (35) legten etwa 10 800 Schüler ihr Abitur ab.

Literaturnobelpreis-Eklat: Verurteilung

Stockholm (dpa) - Nach dem Eklat um den abgesagten Literaturnobelpreis ist der Auslöser des Konflikts, der Franzose Jean-Claude Arnault, wegen Vergewaltigung verurteilt worden. Ein Gericht in Stockholm verhängte 1. Oktober zwei Jahre Haft gegen den 72-Jährigen.

Arnault ist mit Katarina Frostenson verheiratet, die früher der Schwedischen Akademie angehörte. Die Akademie vergibt jedes Jahr den Literaturnobelpreis. In diesem Jahr wurde die Verleihung abgesagt, weil sich die Mitglieder zerstritten hatten. Grund waren unterschiedliche Auffassungen darüber, wie mit den Vorwürfen gegen Arnault umzugehen sei.

Einem Bericht der Zeitung «Svenska Dagbladet» zufolge haben 18 Frauen dem Franzosen sexuelle Übergriffe vorgeworfen. Verurteilt wurde er wegen Vergewaltigung einer Frau. Eine Anklage wegen Korruption wurde bereits früher aus Mangel an Beweisen fallengelassen.

Als die Vorwürfe gegen Arnault im November bekannt wurden, entschied die Mehrheit der Akademie, dass Frostenson trotz der Anschuldigungen gegen ihren Mann im Amt bleiben könne. Aus Protest hatten daraufhin

mehrere Jurymitglieder ihre Arbeit niedergelegt; anschließend trat auch Frostenson zurück. Im Mai kündigte die Akademie an, dass 2018 kein Literaturnobelpreis vergeben werde.

Lehrer-Sabbatjahr in BaWü oft kurz vor Pension

Stuttgart (dpa) - Lehrer im Südwesten nutzen ein Sabbatjahr vor allem, um früher in Pension zu gehen. Das geht aus Zahlen hervor, die das Kultusministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mitgeteilt hat. Seit 2001 haben sich demnach etwa 7660 Lehrer über 60 Jahre ein Schuljahr frei genommen - im aktuellen Schuljahr bleiben etwa 470 Lehrer über 60 Jahren der Schule fern. «Die Lehrer sparen sich Zeit an und können so früher in den Ruhestand», sagte Matthias Schneider, Sprecher des Landesverbandes der Lehrgewerkschaft GEW in Stuttgart.

Das Sabbatjahr, auch Sabbatical genannt, ist eine besondere Form der Teilzeitbeschäftigung. Die Freizeitansprüche der Teilzeit werden, wenn es um das Sabbatical geht, zunächst nicht in Anspruch genommen, sondern über zwei bis sieben Jahre angespart und dann mit einem Jahr zusammengefasst. Der Lehrer erhalte in der Auszeit weiter Geld, weil er in den Jahren davor zwar voll gearbeitet habe, in diesen Jahren aber geringer entlohnt wurde, sagte eine Ministeriumssprecherin.

Schneider von der GEW sagte, wofür die Lehrer ihr Jahr ohne Schule nutzen, sei «total unterschiedlich». «Viele nehmen sich eine Auszeit, gehen auf Reisen oder bilden sich fort.»

Freistellungsjahr wurde immer beliebter

Etwa 15 300 Lehrer im Land - Angestellte und Beamte - haben laut Ministerium seit 2001 ein Sabbatjahr eingelegt, sich also ein Schuljahr frei genommen. In den vergangenen Jahren wurde das Freistellungsjahr bei Lehrern demnach immer beliebter.

«Im Schuljahr 2001/2002 nahm nur ein Beamter ein Freistellungsjahr. 2014/2015 nahmen mit 1635 Personen bisher die meisten Kräfte ein Sabbatjahr», sagte die Ministeriumssprecherin. Inzwischen sinken ihr zufolge die Sabbaticals bei Lehrern allerdings wieder - im aktuellen Schuljahr machen 944 Lehrer aller Altersklassen eine Pause vom Alltag. Ob der Rückgang mit dem Lehrermangel im Land zusammenhängt, konnte das Kultusministerium nicht sagen. Der Antrag für eine Auszeit werde nur genehmigt, wenn ausreichend Personal an den Schulen zur Verfügung stehe. «Die fehlende Stelle kann etwa mit einer Lehrkraft von einer anderen Schule besetzt werden», so die Sprecherin.

Marcia Rottler (Stuttgart)

Sachsen will mehr Hochschulabsolventen für Wirtschaft

Dresden (dpa) - Sachsen will mehr Hochschulabsolventen des Landes für die eigene Wirtschaft gewinnen. Vor allem ausländische Studenten suchten nach ihrer Ausbildung häufig eine Stelle in einem anderen Bundesland oder im Ausland, teilte das Wirtschaftsministerium am 30. September in Dresden mit. Mit dem jetzt gestarteten Projekt «Step in» sucht das Ministerium Ideen und Vorschläge, die eine bessere Bindung ausländischer Absolventen an Unternehmen im Freistaat fördern. Projektvorschläge können bis zum 23. November an die sächsische Aufbaubank gesandt werden. Sie werden voraussichtlich bis Januar 2019 bewertet, hieß es vom Ministerium.

Referendare in Meck.-Pomm. starten später

Schwerin (dpa) - Mecklenburg-Vorpommern hat Referendaren erstmals den 1. Oktober als zusätzlichen Einstellungstermin an Schulen im Land angeboten. Das sagte ein Sprecher des Bildungsministeriums der Deutschen Presse-Agentur in Schwerin. Hintergrund seien Proteste von Rostocker Lehramtsstudenten. Sie hätten kritisiert, sich wegen später Prüfungstermine nicht zum 1. August bewerben und damit nicht nahtlos vom Studium ins Referendariat wechseln zu können.

Ministerin Birgit Hesse (SPD) betonte: «Wir wollen Lehramtsabsolventinnen und Lehramtsabsolventen mit dem Ersten Staatsexamen einen nahtlosen Übergang in das Referendariat ermöglichen und die Wartezeiten auf ein Referendariat verkürzen.»

Bisher haben Referendariate in Mecklenburg-Vorpommern am 1. August und am 1. Februar begonnen. Künftig soll dies auch zum 1. Oktober und 1. April möglich sein. Das 18-monatige Referendariat ist obligatorischer Teil der Lehrerausbildung und schließt an ein abgeschlossenes Studium an.

Schulnoten für Österreichs Grundschulen

Wien (dpa) - Die rechtskonservative Regierung in Österreich will dafür sorgen, dass wieder alle Schüler ab der zweiten Klasse mit Noten beurteilt werden. Außerdem sieht ein von Bildungsminister Heinz Faßmann am 1. Oktober in Wien vorgestelltes Paket vor, dass Kinder bereits ab der zweiten Klasse sitzen bleiben können, nicht erst nach der vierten. Seit dem Schuljahr 2016/2017 können Schulen selbst festlegen, ob sie Noten vergeben oder die Schüler alternativ bewerten wollen. Nach Angaben des Ministeriums bekommen 42 Prozent der Zweitklässler keine Noten.

Die Opposition kritisierte die geplante Wiedereinführung der Schulnoten scharf: Leistungs- und Notendruck bei den Kleinsten werde steigen.

KULTURPOLITIK

Buchmesse wächst: Ausland und Publikum

Frankfurt/Main (dpa) - Die Frankfurter Buchmesse findet in stürmischen Zeiten statt: Der Abwärtstrend in der Branche setzt sich unvermindert fort. In den ersten acht Monaten des Jahres ist der Umsatz im deutschen Buchhandel um ein Prozent gefallen. Bereits im vergangenen Jahr schrumpfte der Markt um 1,6 Prozent.

Dem Buchmarkt brechen durch Internet und soziale Medien die Kunden weg. Zwischen 2013 und 2017 hat die Branche 6,4 Millionen Käufer - 18 Prozent der Kunden - im Publikumsmarkt verloren. «Verlage und Buchhandlungen arbeiten intensiv an neuen Ideen, um Menschen für Bücher zu begeistern», sagt der Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Alexander Skipis. Die Branche erwarte die Buchmesse daher «voller Tatendrang».

USA zurück, Südostasien stark wie nie

Rund 7000 Teilnehmer aus mehr als 100 Ländern werden bis zum 14. Oktober nach Frankfurt kommen. «Wir schätzen, wir landen bei plus drei Prozent», sagt die Kommunikationschefin der Buchmesse, Katja Böhne. Das Wachstum kommt allein aus dem Ausland. «Wir sind inzwischen bei einem Verhältnis 70:30», sagt Böhne. Die USA seien zurück, Südostasien und Afrika so stark wie nie. Deutschsprachige Verlage sind weniger dabei als zuvor: Einige kleinere Verlage mussten aufgeben, einige größere sind in Konzernen aufgegangen.

Kleiner ist auch die Zahl der Verlage aus dem rechten Spektrum, bei denen es 2017 zu Tumulten kam. Im September lagen Buchmessendirektor Jürgen Boos gerade mal «eineinhalb» Anmeldungen vor. Die Buchmesse erwartet trotzdem erneut «polarisierende Diskussionen» und will mit einem neuen Sicherheitskonzept gegensteuern.

Es gebe keine Zensur auf der Buchmesse, betont Boos, «aber wir können unsere eigene Position deutlich machen». Die Messe will sich noch mehr für Meinungsfreiheit und Menschenrechte einsetzen, unter anderem mit der Kampagne «On The Same Page» zu Ehren der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie wird - ebenso wie die Frankfurter Buchmesse - in diesem Jahr 70 Jahre alt.

Das Herz der Buchmesse schlägt - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - im Agentenzentrum. Rund 800 Literaturagenten aus 33 Ländern, sechs Prozent mehr als im Vorjahr, verhandeln in Frankfurt über Autoren und Texte, Übersetzungen und Illustrationen, Lizenzen und Rechte. Auch

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

die Zahl der Veranstaltungen auf dem Messegelände und in der Stadt wächst von Jahr zu Jahr: Rund 3700 sind es diesmal.

Die Buchbranche mag schwächeln, aber die Leser strömen begeistert im Oktober nach Frankfurt. An den Publikumstagen am Wochenende zählt die Buchmesse jährliche Zuwachsraten von 20 bis 30 Prozent. Zum seit zehn Jahren etablierten Lesefest «Open Books» stellt die Buchmesse daher erstmals eine eigene Veranstaltungsreihe namens «Bookfest»: «Publikumswirksame Veranstaltungen, um Bücher und Autoren zu inszenieren», wie der Projektverantwortliche Lars Birken-Bertsch erklärt - Lesungen und Talks, Poetry Slams und Tastings auf der Messe sowie in Frankfurter Bars und Kulturinstitutionen.

Ehregast Georgien – Betonung des georgischen Alphabets

Auch ein neues Gebäude zieht auf der Buchmesse ein. Der «Frankfurt Pavillion» des Architektenbüros Schneider+Schumacher wird auf der Agora, dem zentralen Platz zwischen den Messehallen, aufgebaut. Von außen wirkt der mobile Veranstaltungsraum wie eine Muschel, im Inneren wie ein verdrehtes Bücherregal. «Bücher zeigen immer erst bei genauer Betrachtung ihr Inneres, dann aber ziehen sie dich im besten Fall direkt in ihren Bann. Genau dieses Bild hatten wir vor Augen, als wir den Pavillon entworfen haben», erklären die Architekten.

Ehregast Georgien hat seinen Gastland-Auftritt unter das Motto «Georgia - Made by Characters» gestellt - eine Anspielung darauf, dass es im Georgischen ein eigenes Alphabet gibt. Auch die Gestaltung des Gastland-Pavillons soll von den 33 Buchstaben des georgischen Alphabets inspiriert sein. 200 Titel georgischer Autoren sind auf Deutsch erhältlich, 70 Autoren wollen nach Frankfurt kommen, darunter auch die bekannteste georgische Schriftstellerin, Nino Haratischwili.

Für Science-Fiction-Fans wurde eine Lounge namens «Ursula» eingerichtet, benannt nach der Sci-Fi-Autorin Ursula Le Guin. Für die Cosplayer in ihren bunten Comic-Kostümen hat die Messe einen eigenen Ball organisiert. Mehr als 1000 als Harry Potter verkleidete Messegäste sollen einen Weltrekord aufstellen.

Ein Zeichen für die Anspannung in der Branche ist wohl, dass einige Großverlage ihre Buchmessen-Partys abgesagt haben. «In einem für die gesamte Branche nicht einfachen Jahr haben wir uns entschlossen, einmal auszusetzen», begründet S.Fischer-Sprecher Martin Spieles den Entschluss, das Fest zu streichen. Der Frankfurter Verlag gehört zum Holtzbrinck-Konzern - wie Rowohlt, das seine alljährliche Party mit vielen hundert Menschen ebenfalls klammheimlich abgesagt hat.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

Bei Rowohlt hängt ohnehin der Haussegen schief: Der Rauswurf von Verlegerin Barbara Laugwitz vor wenigen Wochen sowie die überraschende Verpflichtung von Florian Illies («Generation Golf», «1913») als Nachfolger hat zum Aufstand prominenter Autoren geführt. Viele äußerten sich entsetzt. Verwunderung über Holtzbrinck kam auch von den Zugpferden des Verlags: von Daniel Kehlmann über Jonathan Franzen bis zu Martin Walser. Auch dies wird die Messe beschäftigen.

Sandra Trauner und Thomas Maier (Frankfurt am Main)

Internet

- Buchmesse <http://dpaq.de/7Dct7>
- Open Books <http://dpaq.de/YVENK>
- Bookfest <http://dpaq.de/7C42a>
- Frankfurt Pavilion von Schneider+Schumacher <http://dpaq.de/HMx2j>

Knabes Entlassung in Berlin Strafaktion?

Berlin (dpa) - Mitglieder des Beirats der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen haben gefordert, die Entlassung des Direktors Hubertus Knabe rückgängig zu machen. In einem Offenen Brief an Kultursenator Klaus Lederer (Linke) äußerten sie zudem den Verdacht, es handele sich dabei um eine Strafaktion für Knabes «politische Unangepasstheit». Die Unterzeichnerinnen sind die frühere DDR-Oppositionelle Heidi Bohley, Schriftstellerin Freya Klier sowie die in der DDR politisch Inhaftierte Edda Schönherz und Professorin Barbara Zehnpfennig.

Bei der Sondersitzung des Stiftungsrates wegen einer Affäre um sexuelle Belästigung sei Knabe in der Gedenkstätte nicht angehört worden, das lege den Verdacht der Vorverurteilung nahe. Die Vorwürfe richteten sich nicht gegen ihn, sondern gegen seinen Stellvertreter. Dieser wurde noch von Knabe beurlaubt. Knabe hatte stets die Linke scharf wegen ihres Umgangs mit der DDR-Vergangenheit kritisiert.

Lederer ist Vorsitzender des Stiftungsrates. Das Gremium habe kein Vertrauen, dass Knabe den Kulturwandel in der Gedenkstätte glaubhaft vertreten könne, wurde nach der Sondersitzung in der vergangenen Woche mitgeteilt. Nun soll laut Lederer die frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, übergangsweise beim Neuanfang helfen.

Ausgelöst wurde die Krise durch einen Brief mehrerer Volontärinnen, Mitarbeiterinnen und Praktikantinnen. Sie warfen der Führungsetage der Gedenkstätte sexistisches Verhalten vor. Vor allem der Vize-Direktor stand im Fokus. Die Verwaltung von Lederer bestätigte den Eingang des Briefes, wollte ihn aber nicht kommentieren.

Rechnungshof in BaWü prüft «ella»-Debakel

Stuttgart (dpa) - Der Landesrechnungshof durchleuchtet das Debakel um die vorerst gescheiterte Bildungsplattform «ella». Das grün-schwarze baden-württembergische Kabinett beschloss am 1. Oktober in Stuttgart, die obersten Rechnungsprüfer des Landes mit der Untersuchung zu beauftragen. Der Start von «ella» musste im Februar dieses Jahres wegen gravierender technischer Probleme verschoben werden.

Im September verkündete Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) in Abstimmung mit dem für Digitalisierung zuständigen Innenminister Thomas Strobl (CDU) einen Neustart mit einer neuen Ausschreibung der technischen Leistungen - ohne den Zweckverband Iteos, der bislang mit der Umsetzung von «ella» beauftragt war. FDP und SPD schließen einen Untersuchungsausschuss im Landtag nicht aus. Für «ella» waren bis 2019 insgesamt 28,7 Millionen Euro veranschlagt. Das System soll später von 1,3 Millionen Lehrern und Schülern genutzt werden.

Budapests Literaturmuseumschef tritt ab

Budapest (dpa) - Der Generaldirektor des Budapester Petöfi-Literaturmuseums, Gergely Pröhle, nimmt nach wochenlangen Angriffen der Regierungsmedien gegen ihn den Hut. Wie das zuständige Ministerium für Humanressourcen am 4. Oktober auf der Regierungswebseite mitteilte, habe man das Dienstverhältnis Pröhles «im gegenseitigen Einvernehmen» mit Wirkung vom 1. November aufgelöst. Eine Begründung nannte das Ministerium nicht. Auch ein Nachfolger wurde nicht genannt.

Pröhle gilt als loyaler Anhänger der rechts-nationalen Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán. Der studierte Germanist leitete das Literaturmuseum seit Anfang 2017. Zuvor hatte er verschiedene Diplomaten- und Staatssekretärsposten bekleidet. Von 2000 bis 2002 war er Botschafter Ungarns in Berlin, von 2003 bis 2005 in der Schweiz.

Das Petöfi-Literaturmuseum nimmt durch Ausstellungen, Veranstaltungen und Festivals eine wichtige Rolle im ungarischen Literaturbetrieb ein. Selbst Regierungskritiker räumen ein, dass Pröhle das Museum fachlich kompetent führte und es aus den tagespolitischen Kämpfen weitgehend heraushielt.

Dies wurde ihm nun ausgerechnet im eigenen Lager zum Verhängnis. Eine Artikelserie im Regierungssprachrohr «Magyar Idők» (Ungarische Zeiten) griff ihn über Wochen hindurch frontal an. Pröhle unternehme nichts, um die angebliche Hegemonie links-liberaler Kreise in Literatur und Kultur zu brechen, lautete der Vorwurf. Die angeblich zu Unrecht vernachlässigten

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

Literaten der völkischen und nationalen Linie würden wiederum auch unter seiner Führung vom Petöfi-Museum ignoriert.

Die Angriffe gegen Pröhle fügten sich in eine breiter angelegte, von den Regierungsmedien geführte Kampagne des «Kulturkampfes» ein. Eifrige Anhänger der Orban-Regierung wollen nach dem erneuten Sieg der Fidesz-Partei bei den Parlamentswahlen vergangenen April das Kulturleben von links-liberalen Elementen «säubern» und es auf einen christlich-nationalen Kurs einschwören.

Internet

- Mitteilung des Ministeriums, Ung. <http://dpaq.de/HGrAt>

Bund verkauft Weissenhofsiedlung

Stuttgart (dpa) - Die Stadt Stuttgart kauft die architektonisch bedeutsame Weissenhofsiedlung. Sie wird von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) abgegeben, wie die Kommune am 4. Oktober mitteilte. Der Kaufpreis blieb geheim. Die Gespräche über das Thema dauerten mehrere Jahre.

Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) sagte: «Die Weissenhofsiedlung hat Strahlkraft weit über den Kesselrand hinaus. Ihr Stil ist einzigartig und erfährt weltweite Beachtung.» Ziel sei es, die Siedlung als Ganzes zu erhalten. Zwei Häuser des Stararchitekten Le Corbusier (1887-1965) der Weissenhofsiedlung waren im Sommer 2016 in das Unesco-Weltkulturerbe aufgenommen worden. Ein Gebäude dient als Museum.

Beide Häuser sind Teil der fast 100 Jahre alten Weissenhofsiedlung, die einmal 33 kubische Flachdachhäuser verschiedener Architekten umfasste. Ein Großteil wurde im Krieg zerstört, nur elf stehen noch. Zum gesamten Welterbe «Le Corbusier» gehören 17 Bauwerke in 7 Ländern.

Neben der Weissenhofsiedlung übernimmt die SWSG zugleich auch die Beamtensiedlung Aspen. Paul Joannes Fietz von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sagte, beide Siedlungen böten traditionell eine Heimat für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Dies werde so bleiben.

Mit der gut 50 Jahre alten Siedlung im Stuttgarter Ortsteil Botnang wurde das planerische Ziel verfolgt, eine Wohnanlage für gehobene Ansprüche zu realisieren, deren Wohnungen und Häuser zunächst höheren Staatsbediensteten angeboten wurden. Die Siedlung ist zudem künstlerisch bedeutsam. Das Ensemble, das wegen seiner dunklen Schindeln auch «Schwarze Siedlung» genannt wird, umfasst 82 Wohneinheiten auf 1,5 Hektar.

Internet

- Weissenhofsiedlung <http://dpaq.de/7JpTS>

Künstler der Brooklyn-Bridge-Flaggen - Schau

New York (dpa) - Das deutsche Künstlerduo, das im Sommer 2014 auf der New Yorker Brooklyn Bridge statt des Sternenbanners zwei weiße Flaggen hisste, zeigt seine Arbeit dort nun in einer Ausstellung. Zu sehen ist unter anderem ein Foto der Flaggen, die damals am Morgen des 22. Juli auf den beiden Türmen der berühmten Brücke wehten. Mit ihrer spektakulären Nacht-Aktion hatten Mischa Leinkauf und Matthias Wermke die Polizei der US-Metropole reichlich in Verlegenheit gebracht. Die Aktion hatten sie über rund fünf Jahre geplant und vorbereitet.

«Wie eine leere Leinwand erlaubte «White American Flags» viele Lesarten, mehrere Interpretationen und Projektionen und wurde zu einer Sensation, die jetzt in der kollektiven Erinnerung aller New Yorker fortlebt», heißt es zur Ausstellung. Ob den beiden für das Projekt strafrechtliche Konsequenzen drohen, ist offen. Bis zuletzt war deshalb auch unklar, ob Leinkauf und Wermke zur Eröffnung in der Galerie Signs and Symbols erscheinen würden. Im Gespräch waren auch zwei Schauspieler, die maskiert als die Künstler auftreten sollten. Sie sprangen wegen rechtlicher Bedenken aber in letzter Minute ab.

In ihren Filmen, Installationen und Performances stellen Wermke und Leinkauf Konzepte von künstlerischer Freiheit und Grenzen im öffentlichen Raum infrage. Die Ausstellung «I Think It's Safe To Say» («Man kann, denke ich, mit Sicherheit sagen») ist noch bis zum 21. Oktober zu sehen.

Johannes Schmitt-Tegge (New York)

Internet

- Ausstellung «I Think It's Safe To Say» <http://dpaq.de/JukcZ>

Deutscher Sprachpreis für Josef Kraus

Weimar (dpa) - Der langjährige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, ist am 28. September in Weimar mit dem Deutschen Sprachpreis 2018 geehrt worden. Der ehemalige Landshuter Gymnasiallehrer habe die deutsche Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte mit ihren Traditionsbrüchen und -verlusten schonungslos analysiert, begründete die Henning-Kaufmann-Stiftung zur Pflege der Reinheit der deutschen Sprache ihre diesjährige Wahl. Der Preis wird seit 1984 verliehen.

Kraus kritisierte 1993 die Rechtschreibreform und sprach sich immer vehement gegen einen Bedeutungsverlust der deutschen Sprache in den Wissenschaften und gegen die sogenannte «Gendersprache» aus.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Begehrter Job bei Bayerns Polizei

München (dpa) - Die bayerische Polizei ist als Arbeitgeber beliebt wie nie: Für das Jahr 2018 verzeichnet sie mit rund 1800 neuen Kollegen einen Einstellungsrekord, wie das Innenministerium mitteilt. Auch die Zahl der Bewerber habe in diesem Jahr mit 18 500 einen Spitzenwert erreicht. Das seien 5500 mehr Bewerbungen als im Vorjahr.

Zugleich werden in diesem Jahr laut Innenministerium geschätzte 1100 Polizisten pensioniert oder verlassen aus anderen Gründen den Dienst. Die Behörde übertrifft das 2016 gesteckte Ziel, bis 2020 jedes Jahr 500 neue Stellen zu schaffen. Insgesamt stünden gut 42 000 Polizeibeamte im Dienst des Freistaats, heißt es.

Für den Bewerberzulauf seien die vielen Neueinstellungen, das gute Image der Polizei als Arbeitgeber und die vielen verschiedenen Einsatzfelder des Berufs verantwortlich, erklärt der Sprecher der Bereitschaftspolizei, Herbert Gröschel. Die Behörde mit Sitz im fränkischen Bamberg ist für die Ausbildung von Anwärtern verantwortlich. Die Neu-Polizisten reize die «Übernahme von sozialer Verantwortung bei hoher gesellschaftlicher Anerkennung». Zudem hat die Polizei zur ersten Einstellungsrunde des Jahres das Höchstalter für Bewerber von 25 auf 31 Jahre angehoben.

Polizei kann Anwärter sorgfältig aussuchen

Die Gewerkschaft der Polizei zeigt sich mit der Personalpolitik zufrieden. Die Zahl an neuen Stellen sei «sehr erfreulich», da auch die Bevölkerungszahl in Bayern steige und die Polizei mehr Aufgaben übernehmen müsse, sagt Gewerkschaftschef Peter Schall. In früheren Jahren habe die Politik das Thema mit mehreren Einsparrunden «sträflich schleifenlassen». Die zusätzlichen Einstellungen seien zudem notwendig, weil viele Kollegen in den Ruhestand gingen, die zur Zeit des RAF-Terrors in den 1970er Jahren eingestellt worden seien.

Aufgrund der hohen Bewerberzahlen könne die bayerische Polizei ihre Anwärter sorgfältig aussuchen. Während etwa in Berlin auch Bewerber aus dem EU-Ausland angeworben werden, ist in Bayern die deutsche Staatsbürgerschaft Pflicht.

Trotz starker Selektion bemängelt die Polizei typische Schwächen bei ihren neuen Kollegen. So zeigten sich teils mangelnde Rechtschreibkenntnisse, erklärt Gröschel. Die Polizei reagiere darauf mit erweitertem Deutschunterricht. Auch eine nachlassende körperliche Fitness und mangelnde

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Schwimmfähigkeiten seien zu verzeichnen. Dies werde während der Ausbildung jedoch ausgeglichen.

Tom Sundermann (München)

Internet

- Rekrutierungs-Seite Polizei <http://dpaq.de/3f8Mc>

Kosovo-Feldlager wird Trainingspark

Prizren (dpa) - Das Feldlager der Bundeswehr im Kosovo soll zu einem Innovations- und Ausbildungspark umgebaut werden. Die Bundesregierung habe gemeinsam mit der Regierung des Kosovos entschieden, das Feldlager nach dem für Dezember vorgesehenen Abzug des KFOR-Kontingents der Bundeswehr entwicklungspolitisch zu nutzen, teilte das Bundesentwicklungsministerium zum offiziellen Start des Projektes am 4. Oktober mit.

In dem Lager stehen 60 von der Bundeswehr erbaute und betriebsbereite Gebäude. Bevorzugten Zugang sollen Unternehmen aus Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Landwirtschaft sowie Kreativ- und Kulturwirtschaft erhalten. So könnte ein ehemaliges Spitalgebäudes zu Ausbildung im Gesundheitswesen genutzt werden.

Im Kosovo leben mehr als 1,8 Millionen Menschen, die meisten von ihnen ethnische Albaner. Nach Massakern und Vertreibungen ethnischer Albaner ging die Nato ab März 1999 militärisch gegen Serbien als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien vor. Internationale Kfor-Truppen sollten seither die Entwicklung des Kosovo zu einem eigenständigen Staat unterstützen.

Internet

- Auswärtiges Amt <http://dpaq.de/v98gZ>
- Weltbankdaten <http://dpaq.de/xocLt>
- CIA World Factbook <http://dpaq.de/qrp6r>
- KFOR-Einsatz der Bundeswehr <http://dpaq.de/usYvP>

Fensterputzer der Elbphilharmonie

Hamburg (dpa) - Von unten sieht es aus wie Szenen aus einem Actionfilm: Wie Spiderman klettern neun Männer mit schwerer Ausrüstung die rote Backsteinfassade des alten Kaispeichers hoch, auf dem die Elbphilharmonie errichtet wurde. Sie hängen an Seilen, ein kleiner Motor zieht sie allmählich nach oben. Nach ein paar Minuten haben die Männer ihr eigentliches Ziel erreicht: die Glasfassade von Hamburgs spektakulärem neuen Wahrzeichen. In schwindelerregender Höhe - die höchste Stelle ist 110 Meter hoch - beginnen sie sich langsam abzuseilen. Doch sie sind keine

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Geheimagenten im Auftrag ihrer Majestät. Ihre Mission: Die 1100 Fensterscheiben wieder zum Strahlen zu bringen.

«Das ist schon der coolste Job der Welt», sagt Industriekletterer Steffen Falkenberg, der seit der Eröffnung der Elbphilharmonie im Januar 2017 dabei ist. «Die Aussicht da oben ist einfach grandios.» Manchmal müsse er aufpassen, dass er sich nicht zu sehr von den vorbeifahrenden Schiffen ablenken lasse. «Angefangen hat alles beim Klettern in der Sächsischen Schweiz. Irgendwann wollte ich dann auch beruflich klettern», sagt der Berliner, der zuvor als Schlosser und Feuerwehrmann gearbeitet hat. Die Arbeiten an der Elbphilharmonie seien dabei jedes Mal etwas Besonderes: «Das ist fast wie ein Volksfest. Die ganze Zeit schauen uns die Besucher der Elbphilharmonie beim Arbeiten zu.»

Größte Herausforderung ist das Wetter

Drei Mal im Jahr werden die Fensterfronten der «Elphi» gereinigt. Für die 16 000 Quadratmeter - das ist in etwa die Größe von zwei Fußballfeldern - haben die Industriekletterer rund drei Wochen Zeit. Die größte Herausforderung ist dabei das Wetter. «Man weiß nie, was einen erwartet», sagt Karl Polack (31). Besonders starker Wind macht den Industriekletterern zu schaffen - mit einem Saugnapf halten sie sich dann an den Scheiben fest, damit sie nicht weggeweht werden. Wenn der Wind zu stark weht, müssen sie eine Pause einlegen. «Jeder Kletterer darf maximal drei Stunden am Stück hängen und höchstens sechs Stunden am Tag», erklärt Polack. Um auf Notfälle reagieren zu können, proben auch die Höhenretter der Feuerwehr den Ernstfall.

Mit einer Teleskopstange mit Bürste reinigen die Kletterer die Scheiben, das Wasser wird über einen Schlauch zugeführt. Es ist ionisiert und reinigt daher besonders gut - Reinigungsmittel sind nicht nötig. In voller Montur sehen die Industriekletterer tatsächlich wie Bergsteiger aus: Helm, Regenzeug, Schutzstiefel, Kletterausrüstung und etliche Karabinerhaken. Pro Putzvorgang belaufen sich die Personalkosten auf rund 50 000 Euro, hinzu kommen 2000 Euro für Gerüste und Material. Das bedeutet: Einmal Fensterputzen bei der Elbphilharmonie kostet 52 000 Euro.

Besonders auf der Plaza, der Aussichtsplattform in 37 Metern Höhe, kommen die Fensterputzer den Besuchern sehr nah. Ein Absperrgitter trennt die Männer jedoch von allzu Neugierigen.

Carola Große-Wilde (Hamburg)

Internet

- Elbphilharmonie <http://dpaq.de/QURYg>

Neue Arbeitszeiten in Thüringer Gefängnissen

Erfurt (dpa) - Wer in einem Thüringer Gefängnis beschäftigt ist, kann seine Arbeitszeiten seit dem 1. Oktober deutlich flexibler gestalten. Damit wolle das Land Jobs in den Justizvollzugeinrichtungen attraktiver machen, sagte Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) der Deutschen Presse-Agentur. Auch wenn sich viele Menschen in Thüringen vorstellen könnten im öffentlichen Dienst zu arbeiten, spüre der Freistaat bei seiner Personalsuche mehr und mehr den Wettbewerb um Mitarbeiter: die Konkurrenz durch die freie Wirtschaft und durch andere Bundesländer, die ebenfalls Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst suchten.

Für die flexibleren Arbeitszeiten haben das Ministerium und der Hauptpersonalrat des Justizvollzugsdienstes eine neue Dienstvereinbarung geschlossen. Sie sieht vor, dass es für die Gefängnismitarbeiter, die nicht in einer Schicht eingesetzt sind, künftig keine Kernarbeitszeit mehr gibt. Überstunden können nach Wunsch der Beschäftigten entweder bezahlt oder durch freie Tage ausgeglichen werden. Laut Vereinbarung sind Mitarbeiterwünsche auch bei der Dienstplanung zu berücksichtigen. Das soll den Beamten und Angestellten eine frühere Planungssicherheit bieten und ihren Job familienfreundlicher machen.

Internet

- Justizvollzugsanstalten Thüringen <http://dpaq.de/RDvxS>

Viele Jobs für Flüchtlinge in Nieders.

Hannover/Berlin (dpa) - In niedersächsischen Unternehmen haben laut Arbeitsagentur rund 17 000 Flüchtlinge aus den acht wichtigsten Asyl-Herkunftsländern einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Bis vor fünf Jahren waren es rund 5000, seit der großen Zuwanderungswelle sind rund 12 000 hinzugekommen. Berufliche Schwerpunkte seien Jobs im Handel sowie im Gast- und verarbeitenden Gewerbe, sagte eine Sprecherin der Arbeitsagentur. Ende 2017 hatte die Arbeitsagentur in Niedersachsen 20 504 arbeitslose Flüchtlinge registriert.

In Bremen stieg die Zahl von 742 Beschäftigten aus Asylländern Ende 2012 auf 2473 fünf Jahre später. Hier macht vor allem die Zeitarbeit den beruflichen Schwerpunkt aus. Bei den einzelnen Branchen führt die Logistik knapp vor dem Gastgewerbe sowie dem Handel. Zu den acht wichtigsten Herkunftsländern der geflüchteten Männer und Frauen in Bremen und Niedersachsen gehören Syrien, Afghanistan, Pakistan, Somalia und der Irak.

Kampagne: Nachwuchs für Meck.-P.-Verwaltung

Schwerin (dpa) - Mit einer landesweiten Plakataktion und Zeitungsanzeigen will Mecklenburg-Vorpommerns Regierung junge Leute für Tätigkeiten in der Landesverwaltung gewinnen. Wie Finanzminister Mathias Brodkorb (SPD) am 1. Oktober zum Start der Werbekampagne erklärte, wird sich der Bedarf an Nachwuchskräften in den kommenden Jahren mehr als verdreifachen. Dies betreffe neben der Verwaltung auch Finanzbehörden, Polizei, Justiz und Schulen. Statt bisher 300 würden dann mehr als 1000 Mitarbeiter pro Jahr altersbedingt aus dem Landesdienst ausscheiden.

Die beiden Motive sind überschrieben mit «Ich hab jetzt ne Staatsaffäre» und «Ich mach jetzt in Geld». Brodkorb verteidigte die ironischen Anspielungen an Staatsdienst und Finanzamt gegen Kritik. «Wir wollen keine langweilige Werbung, sondern eine, die auffällt und junge Leute anspricht», sagte er. Für die Werbeaktion seien pro Jahr 500 000 Euro eingeplant.

Fassbauer brauchen dringend Nachwuchs

Eußenheim (dpa) - Immer weniger Menschen können aus Eichenholz fachmännisch ein Fass herstellen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) zählt noch 61 Böttcherbetriebe bundesweit. 2012 waren es noch 90, ein Zehntel davon baute Weinfässer. Dabei ist der Beruf keineswegs vom Aussterben bedroht, denn Eichenholzfässer sind begehrt.

«Wir haben akuten Nachwuchsmangel», sagte der bayerische Innungsoberrmeister Wilhelm Schmid. Die Innung zählt noch zwölf Mitglieder, einige von ihnen stellen Bierfässer her, die meisten aber kleinere Fässer, Humpen, Bierkrüge, Badewannen oder Saunaböttche. Weinfässer im großen Stil produziert nur noch ein Büttner aus dem Landkreis Main-Spessart. Bei ihm sind auch drei der deutschlandweit acht Auszubildenden beschäftigt.

Internet

- Infos zur Büttnerlei Aßmann <http://dpaq.de/IWbZ9>

Sachsen-Anhalts Notare suchen Personal

Magdeburg (dpa) - Die Notare in Sachsen-Anhalt suchen dringend neues Personal. Seit Jahren fänden sich nicht mehr genügend Auszubildende für den Beruf des Notarfachangestellten, sagte Notarbundchef Andreas Zoch. Es werde immer schwieriger, die Klassen in der Berufsschule in Burg vollzubekommen. Notarfachangestellte bereiten Urkunden vor, wickeln Verträge ab und betreuen Mandanten. Bei den Notaren selbst sei die Situation noch gut, sagte Zoch. Bis 2030 erreichen nach Angaben des Justizministeriums jedoch 27 Notare die gesetzliche Altersgrenze.

FORSCHUNGSPOLITIK

«Astro-Alex» ist neuer ISS-Kommandant

Baikonur (dpa) - Astronaut Alexander Gerst (42) hat als erster Deutscher das Kommando und somit die Gesamtverantwortung auf der Internationalen Raumstation (ISS) übernommen. «Das ist eine erstaunliche Maschine», sagte Gerst am 3. Oktober bei der feierlichen Zeremonie auf der ISS rund 400 Kilometer über der Erde.

Deshalb wolle er als Kommandant die ISS als «fantastische Plattform» für Experimente weiterführen. Sein Vorgänger Drew Feustel überreichte dem Künzelsauer zum Abschied symbolisch den Schlüssel für die ISS-Luke.

Der US-Astronaut Feustel und zwei weitere Raumfahrer sollen am Donnerstag in der kasachischen Steppe ankommen. Eine Woche lang ist die ISS deshalb nur mit einer kleinen Mannschaft besetzt. An Bord sind noch der Kosmonaut Sergej Prokopjew, die US-Astronautin Serena Auñón-Chancellor und Gerst, der unter dem Namen «Astro-Alex» in sozialen Netzwerken auftritt.

Der Geophysiker aus Baden-Württemberg war im Juni vom Raumfahrtbahnhof Baikonur zur ISS gestartet. Er soll im Dezember wieder auf die Erde zurückkehren. Es ist bereits sein zweiter Einsatz auf der ISS, schon 2014 arbeitete er dort für einige Monate.

Während seines zweiten Einsatzes geriet die ISS in die Schlagzeilen, weil ein Leck in der angedockten Sojus-Raumkapsel einen Druckabfall ausgelöst hatte. Das Loch wurde zwar erfolgreich abgedichtet, die Ursache ist aber noch immer unklar. Bei einem Außeneinsatz im November könnten weitere Informationen dazu gesammelt werden, teilte die US-Raumfahrtbehörde Nasa mit. Gemeinsam mit den russischen Kollegen werde man nach der Ursache suchen.

Klimaforscher mit Report zu 1,5-Grad-Ziel

Seoul/Incheon (dpa) - Die Kohlendioxid-Uhr beim Klimaforschungsinstitut MCC in Berlin tickt unbarmherzig. Sie zeigt, wie viele Tonnen an CO₂ noch ausgestoßen werden dürfen, will der Mensch die Erderwärmung auf 1,5 Grad beziehungsweise 2 Grad beschränken. Gibt man das 1,5-Grad Ziel ein und wählt ein mittleres Szenario, ist die Uhr auf der MCC-Website seit ein paar Wochen gerade abgelaufen. Demnach dürfte gar kein CO₂ mehr produziert werden, es müsste sogar wieder welches aus der Luft geholt werden. Beim 2-Grad-Ziel darf die Menschheit noch rund 17 Jahre CO₂ produzieren - insgesamt 720 Gigatonnen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Dieses Szenario beruht auf Daten des jüngsten Reports des Weltklimarates IPCC von 2014 und ist eines von vielen ähnlichen, die Forscher in den vergangenen Jahren erstellt haben. Ob die Menschheit die Erderwärmung doch noch bei 1,5 Grad bremsen kann und was dafür zu tun ist, will der Weltklimarat in einem Sonderreport erläutern. Ein Kernteam von 91 Autoren und 250 weitere Forscher haben laut IPCC-Deutschland 6000 Publikationen von 24 000 Experten analysiert. Der resultierende Text soll am 8. Oktober veröffentlicht werden.

Die Zeit drängt

Dass die Zeit zum Klimaschutz drängt, hat UN-Generalsekretär António Guterres kürzlich bei der UN-Vollversammlung in New York unterstrichen: Er sprach von einer «direkten existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel». Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten seien 18 der wärmsten Jahre seit Beginn der Messreihen im Jahr 1850 registriert worden. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre sei die höchste in drei Millionen Jahren - «und sie steigt».

Einig sind sich die meisten Forscher, dass die Welt ohne zusätzliche Anstrengungen auf 3 bis 4 Grad Erwärmung zusteuert. Dabei hatten die Politiker im Abkommen von Paris 2015 beschlossen, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Letzteres hatten sich vor allem die kleinen Inselstaaten gewünscht. Der Weltklimarat bekam den Auftrag zu beschreiben, welche Folgen bereits eine Erwärmung von 1,5 Grad hätte und was für das 1,5-Grad-Ziel noch alles getan werden muss.

Schon Differenz von 0,5 Grad hätte enorme Auswirkungen

«Grob ein Grad Erwärmung haben wir bereits erreicht», sagte Katja Frieler vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. «Die Treibhausgasemissionen haben Hitzewellen wie die in den vergangenen Monaten bereits deutlich häufiger gemacht und werden sie in Zukunft noch häufiger machen.»

Allein schon die Differenz von 0,5 Grad zwischen dem 1,5- und dem 2-Grad-Szenario kann für das Leben auf der Erde immense Auswirkungen haben. «Jedes Zehntel Grad Temperatursteigerung bedeutet ein größeres Risiko für unsere Gesellschaft», sagt Frieler. Schon heute sei die Zahl von Dürren gestiegen, die Wasserverfügbarkeit vielerorts gesunken. In einigen Ländern wie Marokko oder Syrien gebe es schon Konflikte um Wasser.

Wenn das 1,5-Grad-Ziel eingehalten werde, könne die Anzahl der Starkregen-Ereignisse und Hitzewellen deutlich sinken, schreibt das Berliner Klimaforschungsinstitut Climate Analytics in einem Blog mit Verweis auf verschiedene Studien. «Die Begrenzung des globalen mittleren Temperatur-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

anstiegs auf 1,5 Grad gegenüber dem 2-Grad-Szenario könnte das globale Risiko für diese Art von extremen Ereignissen um ein Drittel reduzieren.»

Viele Forscher gehen davon aus, dass CO₂ künftig wieder aus der Luft gezogen werden muss. Das kann etwa durch Baumanpflanzungen geschehen oder durch Verbrennen von Pflanzen und anschließendem Speichern des entstandenen CO₂ in Bodenkammern. Die Techniken würden bei dem äußerst ambitionierten 1,5-Grad-Ziel besonders relevant, sagte Oliver Geden, Gastwissenschaftler am Max-Planck-Institut für Meteorologie. Das könne auch bedeutend werden, «um derzeit unvermeidbare Emissionen aus der Landwirtschaft, der Industrie oder dem Flugverkehr auszugleichen». Der weitaus größte Anteil an Emissionsreduktion müsse aber durch klassischen Klimaschutz erreicht werden.

UN-Chef Guterres gab sich am Ende doch noch optimistisch: «Die gute Nachricht ist: die Technologie ist auf unserer Seite.» Erneuerbare Energien seien günstiger und wettbewerbsfähiger als je zuvor. «Weit entfernt davon, eine fundamentale Bedrohung für die Wirtschaft zu sein, erzeugt Klimaschutz neue Industrien, neue Märkte, mehr Arbeitsplätze und weniger Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen.» Der IPCC-1,5-Grad-Bericht soll auch als Grundlage für den nächsten UN-Klimagipfel im Dezember im polnischen Kattowitz (Katowice) dienen.

Dirk Godder (Seoul)

Internet

- IPCC <http://dpaq.de/zun2k>
- Rede Guterres <http://dpaq.de/NqX8R>
- CO₂-Uhr am MCC Berlin <http://dpaq.de/oD9jM>
- Climate Analytics <http://dpaq.de/8ONio>
- Climate Action Tracker <http://dpaq.de/u4CV2>
- 1,5-Grad Ziel im Artikel 2 <http://dpaq.de/n2r3B>

700 Millionen für Bayerns Luft- und Raumfahrt

München (dpa) - Mit einem mehr als 700 Millionen Euro schweren Förderprogramm will die Staatsregierung Bayern zum Luft- und Raumfahrtstandort Nummer eins in Deutschland machen. Das Kabinett beschloss am 2. Oktober in München die auf zehn Jahre angelegte Strategie mit dem Titel «Bavaria One». «Es ist eine Konzeption, die darauf aus ist, dass wir durch Beobachtung aus dem Weltall Lösungen für bayerische und auch ganz praktische Probleme entwickeln können», sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU). «Bavaria One» sei kein Hirngespinnst, sondern ein strategisches Technologiekonzept, das wirtschaftliche Anbindung und wissenschaftlichen Nutzen bringe.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Konkret besteht die Strategie aus zehn Aktionsfeldern, die eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen umfassen: Dazu zählt die Gründung der größten Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie mit Hauptsitz auf dem Ludwig-Bölkow-Campus in Ottobrunn mit 50 Professuren und knapp 2000 Studienplätzen. Entwickelt wurde das Konzept unter der Leitung von Raumfahrtexperte Ulrich Walter von der Technischen Universität in München. Weitere Punkte der Strategie sind der Bau einer Hyperloop-Teststrecke, in der sich Transportkapseln fast mit Schallgeschwindigkeit bewegen, der Bau eines bayerischen Erdbeobachtungssatelliten und der Ausbau des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen.

Airbus: Europas Raumfahrt bereitet Sorgen

Bremen (dpa) - Die europäische Raumfahrt muss sich nach Ansicht von Airbus-Chef Tom Enders neu erfinden. «Die langsame Reaktion Europas auf die «New Space»-Revolution macht mir Sorgen», sagte der Manager am 4. Oktober auf dem weltgrößten Raumfahrtkongress IAC in Bremen. «Ich befürchte, dass wir den nächsten Goldrausch im All verpassen.» Wenn sich Europa nicht anstrengt, werde es den Anschluss verlieren und wie bei der Mondlandung vor 50 Jahren anderen dabei zuschauen, wie sie den Weltraum erkundeten. Als «New Space» werden neue Ideen und Anwendungen für die kommerzielle Weltraumnutzung bezeichnet.

Angesichts der neuen Herausforderungen sei eine Reform der europäischen Weltraumpolitik notwendig, sagte Enders. Entscheidungen müssten schneller und effizienter getroffen werden. Für Raumfahrtprojekte müsse es nicht nur mehr Geld geben, bei den Aufträgen müssten auch europäische Hersteller bevorzugt werden. «Auch die Industrie ist gefragt, neue Visionen zu entwickeln, mehr Risiken einzugehen und mehr zu investieren», betonte der Vorstandschef von Europas größtem Luft- und Raumfahrtkonzern.

Internet

- Infos zum Vortrag <http://dpaq.de/YKQrU>

Projekt zu Belastungen bei Demenz-Pflege

Greifswald (dpa) - Pflegende Angehörige von Demenzkranken benötigen Unterstützung, um den Anforderungen gewachsen zu sein. Ein neues Forschungsprojekt des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) an den Standorten Greifswald/Rostock untersucht, wie Belastungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen bei pflegenden Angehörigen verhindert oder reduziert werden können. Ziel sei die Entwicklung eines praxistauglichen computergestützten Versorgungsmanagementsystems, das Haus- und Fachärzte unterstütze, die Bedürfnisse pflegender

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Angehöriger von Menschen mit Demenz zu erkennen und zu erfüllen, teilte die Universität Greifswald am 1. Oktober mit.

Die Förderinitiative «Versorgungsforschung» des Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses fördert das Vorhaben mit 1,2 Millionen Euro. In Deutschland leben rund 1,6 Millionen Menschen mit Demenz. Mehr als Dreiviertel der Erkrankten werden von einem Angehörigen zu Hause gepflegt. Der Verlauf der Demenzerkrankung ist begleitet von fortschreitendem Verlust von Gedächtnisleistungen, aber auch von Depressionen, Apathie, Aggression und Wahnvorstellungen. Dies sei für die Pflegenden eine enorme körperliche und psychische Belastung.

Vor 60 Jahren startete die Nasa

Washington (dpa) - Menschen auf dem Mond, Sonden im Planetensystem, Weltraumteleskope und mit der Internationalen Raumstation ein Außenposten der Menschheit im All: Die US-Raumfahrtbehörde Nasa, die am 1. Oktober vor 60 Jahren ihre Arbeit aufnahm, kann in ihrer bisherigen Geschichte eine ganze Reihe von Erfolgen verbuchen. Gegründet wurde die Nasa offiziell bereits am 29. Juli 1958, als der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower das «National Aeronautics and Space»-Gesetz unterschrieb. Inzwischen hat die Raumfahrtbehörde mit Hauptsitz in Washington und Milliardenbudget mehr als 17 000 Mitarbeiter an Standorten überall in den USA.

Der erste spektakuläre Amtsakt nach Betriebsaufnahme der Nasa ging damals schief: Am 11. Oktober 1958 sollte die Sonde «Pioneer 1» zur Mondumrundung aufbrechen. Der Start gelang zwar, aber dann schalteten die Triebwerke der zweiten Stufe der Trägerrakete zu früh ab und die Sonde verglühte in der Erdatmosphäre.

Rund 60 Jahre und viele erfolgreiche Missionen später steht die Behörde vor großen Herausforderungen - und sucht nach einer neuen begeisterten Vision. Zunächst sollen US-Astronauten wieder mit US-Raum Schiffen ins All gebracht werden, um die Abhängigkeit von russischen Sojus-Kapseln zu beenden. In den kommenden Jahrzehnten könnten Menschen zum Mars oder auch erneut zum Mond geschickt werden. Und die Suche nach anderen Spuren von Leben im Universum geht weiter.

Erster Mond jenseits unseres Sonnensystems?

New York (dpa) - Astronomen haben bei einem rund 8000 Lichtjahre entfernten Planeten vielversprechende Hinweise auf einen Mond erspäht. Sollte sich die Beobachtung bestätigen, wäre es der erste Mond, der außerhalb

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

unseres eigenen Sonnensystems entdeckt wurde. Alex Teachey und David Kipping von der Columbia-Universität in New York stellen ihre Messungen im Fachblatt «Science Advances» vor. Ein Lichtjahr entspricht der Distanz, die das Licht in einem Jahr zurücklegt.

Der Mond hätte demnach etwa 1,5 Prozent der Masse seines Planeten, was dem Verhältnis von unserer Erde zu ihrem Mond ähnelt. Da der Planet aber größer ist als der Jupiter, hätte sein Mond in etwa die Masse des Planeten Neptun - und wäre ebenfalls gasförmig. Ein solcher riesiger «Gasmond» wäre anders als alle rund 200 Monde, die in unserem Sonnensystem bislang katalogisiert worden sind.

«Wenn der Fund durch weitere 'Hubble'-Beobachtungen bestätigt wird, könnte er entscheidende Hinweise zur Entwicklung von Planetensystemen liefern und möglicherweise Experten die Theorien zur Entstehung von Monden bei Planeten überdenken lassen», betont Kipping.

NRW-Testparcours für selbstfahrende Autos

Aldenhoven (dpa) - Wissenschaftler und Industrie können künftig auf einem neuen Testgelände in Aldenhoven bei Aachen praxisnah das autonome und vernetzte Autofahren erforschen. Das am 1. Oktober eröffnete Gelände ist nach Angaben der Aachener Universität RWTH eine Art Freiluftlabor mit Kreuzungen, Gebäudeattrappen, vernetzten Ampeln und automatisierten E-Fahrzeugen. Getestet werden einzelne Bausteine wie Sensoren, Software oder auch Fahrwerk und Antriebstechnik.

In dem Testparcours könnten Forschungsfahrzeuge und Prototypen in komplexen Verkehrssituationen getestet werden, ohne dass Menschen zu Schaden kämen, wie das RWTH-Institut für Kraftfahrzeuge (ika) mitteilte. Schafft es beispielsweise die Software, ein Auto ohne Konflikte mit dem Gegenverkehr nach links abbiegen zu lassen? Bei einem Test wie diesem wird auf dem abgeschlossenen Gelände kein reales Fahrzeug in den Gegenverkehr geschickt, sondern oft eine fahrbare Plattform mit einem ballonartigen Aufbau.

Ein Projektbeirat mit Vertretern von 40 Unternehmen und Institutionen hatte die Grundlage für den Testbereich erarbeitet, den der Bund mit 3,3 Millionen Euro gefördert hat. Mit der Eröffnung steht das Gelände Nutzern aus Wissenschaft und Industrie zur Verfügung.

HOCHSCHULE

Neues Studienjahr in Niedersachsen und HB

Hannover/Bremen (dpa) - Hörsaal, Mensa und Kneipentour - für Tausende Studienanfänger in Niedersachsen und Bremen hat am 1. Oktober ein neuer Lebensabschnitt begonnen. Ein Überblick zum Semesterstart:

BELIEBTE STUDIENGÄNGE: Klassische Fächer sind bei Studienanfängern in Niedersachsen und Bremen beliebt. Vor allem für Medizin, Jura, Betriebswirtschaftslehre (BWL), Psychologie und Lehramt bewarben sich auch diesmal viele Abiturienten, wie die Koordinierungsstelle mitteilte. Für Psychologie gehen demnach bis zu 20 Bewerbungen pro Studienplatz ein. Allein die Uni Bremen erreichten zu diesem Wintersemester 3152 Bewerbungen auf 109 zu vergebende Studienplätze für das begehrte Fach. Knapp dahinter lagen Rechtswissenschaften und BWL. Bei angehenden Lehrern sind Deutsch und Sport sehr beliebt.

BEGEHRT UND SELTEN: Einen Ansturm hat auch die Universität Hildesheim erlebt: Auf den noch recht neuen Masterstudiengang «Data Analytics» bewarben sich 1900 Interessenten (30 Plätze). «Wir haben ein weltweites Einzugsgebiet, die Nachfrage ist gigantisch, sowohl seitens der Unternehmen als auch der internationalen Studierenden», sagte Informatik-Professor Lars Schmidt-Thieme. Die Studenten beschäftigen sich mit maschinellem Lernen, Big Data und Datenanalyse und können Vorhersagemodelle entwickeln. Sie arbeiten zudem mit regionalen Firmen zusammen.

OFFENE PLÄTZE: Weniger gefragt sind an vielen Hochschulen Mathematik, Informatik, Physik und Chemie. Etwa an der TU Braunschweig sowie an der Uni Osnabrück waren für diese Fächer zum Ende der Bewerbungsphase noch Studienplätze frei. Auch Interessierte an Wirtschaftsingenieurwesen oder -informatik hatten zuletzt gute Chancen, noch einen Platz zu bekommen. Für zulassungsfreie Fächer kann man sich bis zum 15. Oktober einschreiben. Dann beginnen in der Regel auch die Vorlesungen.

NEUE ANGEBOTE: Viele spezialisierte Studiengänge, etwa mit dem Schwerpunkt Digitales, starten im Wintersemester. Zu den neuen Angeboten gehören zum Beispiel der Master «Renewable Energy online» («Erneuerbare Energie online») an der Uni Oldenburg sowie «Digital Media and Society» («Digitale Medien und Gesellschaft») an der Uni Bremen. In Hildesheim können Abiturienten ab jetzt «Barrierefreie Kommunikation» studieren. Dabei lernen sie neben Gebärdensprache zum Beispiel auch barrierefreie Online-Kommunikation.

WG-ZIMMER: Zwischen 330 und 350 Euro müssen Studierende in Hannover und Bremen im Schnitt pro Monat für ein gemietetes WG-Zimmer zah-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

len. Damit sind die Preise in der niedersächsischen Landeshauptstadt im Vorjahresvergleich leicht gestiegen, in Bremen verharren sie auf Vorjahresniveau, wie aus einer Studie des Moses Mendelssohn Instituts in Kooperation mit dem Immobilienportal «WG-Gesucht.de» hervorgeht, die Anfang September veröffentlicht wurde. Demnach kommen Studenten in Göttingen mit 329 Euro etwas günstiger weg. Auch in Oldenburg, Braunschweig und Osnabrück liegen die Mietpreise unter dem bundesweiten Schnitt von 363 Euro.

STUDENTENWOHNHEIM ALS ALTERNATIVE? Günstiger sind meist Studentenwohnheime. Doch schon gut einen Monat vor Semesterbeginn gab es kaum freie Plätze. «Es wird eng zum Wintersemester», sagte der Geschäftsführer des Studentenwerks in Hannover, Eberhard Hoffmann. Auch die Wohnheime im Bremen sind komplett ausgelastet. Auf den Wartelisten könne sich zu Beginn aber viel tun, weil sich viele in mehreren Städten auf einen Platz und ein Wohnheimzimmer bewerben, hieß es.

LERNEN FÜR DIE KLEINEN: Wer in jungen Jahren schon im Hörsaal Platz nehmen möchte, kann bei der Kinderuni mitmachen. Hochschulen in Bremen, Hannover, Braunschweig, Göttingen und Oldenburg bieten Programme für Kinder meist im Alter von acht bis zwölf Jahren an. In Hannover sind daran fünf Hochschulen beteiligt. In der ersten Vorlesung der aktuellen Kinderuni-Reihe geht es an der Medizinischen Hochschule Hannover um die Frage «Warum hat das Auge keine Knochen?».

Internet

- Informationen zum Studieren in Niedersachsen <http://dpaq.de/JxFZg>
- Studiengänge der Universität Bremen <http://dpaq.de/gtyFx>
- Studiengänge der Hochschule Bremen <http://dpaq.de/tRyZm>
- Antwort der Landesregierung Kleine Anfrage <http://dpaq.de/jdGwx>

Keine Studentenzimmer in Niederlanden

Groningen (dpa) - Tief eingemummelt in seine Jacke sitzt Paul auf der Bank vor dem Hostel in Groningen. Er ist erkältet. «Es ist richtig beschissen», sagt der 23 Jahre alte Student. «Es ist echt kein Zimmer zu finden.» Vor gut vier Wochen hat sein Studium angefangen, und ebenso lange schon wohnt der junge Deutsche in dem Hostel am Rande von Groningen, im Nordosten der Niederlande. Zwangsläufig. Er schläft in einem umgebauten Container mit fünf Etagenbetten und Platz für zehn Personen. Im schmalen Spind ist seine Kleidung. Einen Schreibtisch gibt es nicht. Kostenpunkt: 100 Euro pro Woche, mit Frühstück.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Das Hostel «Rebel, Rebel» ist mit den umgebauten Containern, vielen Grünpflanzen und einem kleinen Café eine charmante Idylle auf dem Gelände der alten Zuckerfabrik. Rund um das Industriedenkmal haben sich hippe, junge Unternehmen und Kulturinitiativen angesiedelt. Am Wochenende gibt es an diesem Ort Konzerte und Festivals.

Wohnen im Hostel, bis die Wohnung fertig ist

«Es ist super hier», sagt Camillo. «Wenn du Ferien hast.» Der 24-Jährige will seinen Master in Wirtschaft in Groningen machen. Auch er wohnt im Hostel, bis seine Wohnung bezugsfertig ist. «Dahinten.» Camillo weist auf eine Baustelle am Ende des Geländes.

Wegen der großen Wohnungsnot der Studenten baut die Stadt gerade 250 Notunterkünfte. Doch die waren zu Beginn des Studienjahres am 1. September noch längst nicht fertig. Die zu großen Blöcken gestapelten Container stehen noch immer mitten in einer Schlammwüste. Gleich dahinter ist die Autobahn. «Dafür zahlt man 500 Euro Miete im Monat», sagt Camillo und stöhnt. «Und zehn Euro extra fürs Internet.»

Die Wohnungsnot der Studenten in den Niederlanden ist groß. «Besonders prekär ist es in Groningen und für die internationalen Studenten», sagt Jolien Bruinewoud, Vorsitzende des Studentenverbandes. «Die Stadt ist total überlastet.» Rund 55 000 Studenten gibt es in Groningen, gut die Hälfte von ihnen wohnt in der Stadt. Davon kommen 9000 aus dem Ausland - vorwiegend aus Deutschland. Die Universität schätzt, dass mehrere Hundert noch ein Zimmer suchen.

Studentenverband: Uni investiert zu wenig Qualität

Groningen sei ein Opfer des eigenen Erfolgs, klagt Bruinewoud. «Die Uni setzt stark auf Internationalisierung und wirbt im Ausland.» Die Expansion ist auch eine Folge des Finanzierungssystems in den Niederlanden. Je mehr Studenten eine Hochschule hat, umso mehr staatliche Mittel bekommt sie. Fast alle Universitäten des Landes setzen deswegen auch auf internationale Studenten. Die Reichsuniversität Groningen etwa bekam in diesem Jahr 2000 Anmeldungen mehr als erwartet.

Der Studentenverband wirft der Uni vor, zu wenig in die Qualität zu investieren und die Situation der Studenten zu vernachlässigen. «Die Unis sind überhaupt nicht vorbereitet auf den großen Ansturm», sagt Bruinewoud.

In Groningen etwa wurde in diesem Jahr der Numerus Clausus für Psychologie aufgegeben. Die Folge: Ein Boom aus Deutschland. Fast die Hälfte der Anfänger sind Deutsche. Doch sie können, anders als ihre niederländischen Kommilitonen, nicht zur Not weiter bei ihren Eltern wohnen. «Es muss einfach mehr gebaut werden», fordert die Studentenverbandchefin.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Auf dem ohnehin sehr angespannten Wohnungsmarkt in den Niederlanden sind die Mieten für Studenten in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Nach einer Studie des landesweiten Studentenverbandes bezahlen Studenten monatlich im Schnitt 100 Euro zu viel an Miete. Ein Studentenzimmer in Amsterdam kostet im Schnitt 462 Euro und in Groningen 336 Euro. Kein Wunder, dass niederländische Studenten immer länger zu Hause wohnen bleiben - nur 25 Prozent von ihnen ziehen zum Studienbeginn aus. Zur Miete kommen noch 200 Euro Studiengebühren im Monat, Internet, Bücher, Versicherungen, Verpflegung. Viele Niederländer haben am Ende ihres Studium Tausende Euro Schulden.

In Groningen hat die Stadt nun Notunterkünfte eingerichtet: Feldbetten in Zelten. Kojen auf einem Hotelschiff - mit 1300 Euro pro Monat auch nicht gerade ein Schnäppchen. Nun soll das Containerdorf bei der alten Zuckerfabrik die schlimmste Not lindern.

Der 21-jährige Hendrik Meyer aus Hamburg hatte Glück. Er hat ein Zimmer für 350 Euro gefunden. «Du musst sehr früh mit der Suche anfangen», sagt er. Er selbst hat schon im März begonnen. Im Juni fand er das Zimmer und hat es gleich gemietet, lange bevor das Psychologiestudium begann.

Viele andere aber haben nicht so viel Glück. Manche schlafen noch auf Campingplätzen, andere auf dem Sofa bei Bekannten oder im Hostel. «Das ist unhaltbar», sagt Jolien Bruinewoud vom Studentenbund. «Manche ausländische Studenten geben auf und fahren wieder nach Hause.»

Annette Birschel (Groningen)

Internet

- Studie zu Studentenzimmern in Niederlanden <http://dpaq.de/jd8ck>
- Universität Groningen <http://dpaq.de/bz6vS>

Merkel Ehrendoktorin der Uni Haifa

Jerusalem (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Ehrendoktorwürde der Universität Haifa erhalten. Die Hochschule begründete die Ehrung mit dem Führungsstil der Kanzlerin, der auf den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten basiere. Merkel sei ein Vorbild für Frauen auf der ganzen Welt, hieß es am 4. Oktober in Jerusalem bei der Verleihung im Israel-Museum.

Merkel wertete die Auszeichnung als «Vertrauensbeweis, auch stellvertretend für mein Land, das ich vertreten darf». Dieses Vertrauen gleiche vor dem Hintergrund der von Deutschland während des Holocausts begangenen Verbrechen einem «Wunder». Die mit Israel aufgebaute Freundschaft

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

sei ein «unschätzbare Geschenk». Gerade in der heutigen Zeit müsse man die freiheitlichen Werte «ohne Kompromisse vertreten», betonte die Kanzlerin. Die Bundesregierung wende sich entschlossen gegen Antisemitismus, «ganz gleich, von wo er ausgeht, in welcher Form er sich äußert».

Merkel, die einen Doktor in Physik hat, habe sich gegen Rassismus und Antisemitismus und für wissenschaftliche Kooperationen zwischen beiden Ländern eingesetzt, hieß es in der Würdigung durch die Universität Haifa. Es ist die 15. Ehrendoktorwürde für Merkel.

Internet

- Universität Haifa <http://dpaq.de/mjuZR>
- Israel-Museum <http://dpaq.de/l4cxl>

Wenige Professorinnen in Meckl.-Vorpommern

Schwerin (dpa) - Mecklenburg-Vorpommern kommt bei der Erhöhung der Frauenquote unter den Professoren im Land nur langsam voran. Wie das Bildungsministerium in Schwerin mitteilte, wurden vier neue Professoren für Medizin, Recht, Physik und Musik berufen, je zur Hälfte Männer und Frauen. Laut Statistik hat sich der Anteil der Professorinnen in Mecklenburg-Vorpommern schrittweise erhöht. So waren im Jahr 2010 etwa 15 Prozent der Professorenstellen mit Frauen besetzt, 2016 dann knapp 21 Prozent. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 23 Prozent im Jahr 2016. In Berlin beispielsweise betrug der Frauenanteil 2016 mehr als 30 Prozent.

Uniradio mephisto 97.6 mit Videoredaktion

Leipzig (dpa) - Das Lokal- und Ausbildungsradio der Universität Leipzig, mephisto 97.6, hat seit Oktober eine Videoredaktion. Die ehemaligen Mitwirkenden des Studierendenprojektes Hochschultv.de würden das neue Ressort mit Redakteuren von mephisto gestalten, teilte der Sender am 29. September in Leipzig mit. Der Aufbau der Videoredaktion sei Bestandteil der crossmedialen Umstrukturierung, hieß es. Mephisto 97.6 bildet seit mehr als 20 Jahren Journalisten aus. Der Sender habe es mit seiner Kombination aus Theorie und Praxis bereits mehr als 1000 Studenten ermöglicht, das Handwerk des Radiojournalismus zu erlernen, hieß es.

Internet

- mephisto 97.6 <http://dpaq.de/fuJkV>

SCHULE

Eltern in BaWü sauer wegen Unterrichtsausfalls

Stuttgart (dpa) - Elternvertreter an Gymnasien im Südwesten fühlen sich mit ihrer Sorge wegen Unterrichtsausfällen an den Schulen von der grün-schwarzen Landesregierung nicht ernst genommen. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an Gymnasien (Arge) im Regierungsbezirk Stuttgart, Michael Mattig-Gerlach, sprach am 28. September von einer «verheerenden Situation», weil es zu wenig Lehrerstellen gebe. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) müsse bei Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) mehr Stellen einfordern. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sei selbst Lehrer gewesen. Dass er diese Situation akzeptiere, sei unbegreiflich.

Mattig-Gerlach bekräftigte Pläne, wonach die Arge Stuttgart vor dem Verwaltungsgericht wegen der Unterrichtsausfälle klagen will. Mittlerweile gebe es auch einen Schüler, der über den Unterrichtsausfall an seiner Schule Buch geführt habe und dessen Fall vor Gericht verhandelt werden solle. Die Arge argumentiert, dass er in Konkurrenz zu jungen Menschen aus anderen Bundesländern wegen des hohen Unterrichtsausfalls in Baden-Württemberg geringere Zukunftschancen habe. Wann die Klage eingereicht und wie sie finanziert wird, ist laut Mattig-Gerlach aber noch offen.

Kritik: Sicherstellung von Unterricht nicht möglich

«Baden-Württemberg schafft es, eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen», sagte Mattig-Gerlach mit Verweis auf die Pläne der Landesregierung für den Landeshaushalt 2018/2019. Zugleich sei es aber offenkundig nicht möglich, den Schulunterricht sicherzustellen. Die Arge Stuttgart fordert neben zusätzlichen Planstellen an den Schulen auch kurzfristige Maßnahmen wie die zeitweise Einstellung von Quereinsteigern in den Schuldienst, um die Lage zu entspannen.

Kultusministerin Eisenmann verwies auf ein Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel und darauf, dass es einen Bewerbermangel gebe. «Der Fachkräftemangel schlägt sich leider auch auf dem Lehrermarkt nieder.» Damit hätten alle Bundesländer zu kämpfen - der Mangel sei in anderen Gegenden sogar noch deutlich höher. Baden-Württemberg halte daran fest, nur voll ausgebildete Lehrer dauerhaft in den Schulen einzustellen. Um kurzfristig Abhilfe zu schaffen, blieben nur zwei strukturelle Maßnahmen: größere Klassen oder eine Anhebung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrer. «Es besteht politischer Konsens, dass wir diese beiden Wege nicht gehen wollen.»

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - SCHULE

Unterstützung bekamen die Elternvertreter von SPD und AfD. Der SPD-Bildungsexperte im Landtag, Daniel Born, sagte: «Es ist einfach bitter, wenn Eltern sich nicht mehr anders zu helfen wissen, als ihre eigene Regierung zu verklagen.» Eisenmann habe durchaus Spielräume, die sie aber aus Kostengründen nicht nutze. Der AfD-Bildungsexperte Rainer Balzer sagte: «Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Unterrichtsversorgung am Gymnasium, insbesondere in den oberen Klassen, vernachlässigt wurde zugunsten der Unterrichtsversorgung an Gemeinschaftsschulen.» Das Land müsse mehr Planstellen schaffen.

Autorin: Bettina Grachtrup (Stuttgart)

Internet

- Arge Stuttgart <http://dpaq.de/EE8Vz>

Verbände: Schnelles Netz für Bayerns Schulen

Karlstadt (dpa) - Um die geplante Digitalisierung an Bayerns Schulen auch in der Praxis umsetzen zu können, fordern Schulleiter, Lehrer, Schüler und Eltern deutlich mehr Anstrengungen der Staatsregierung. So müssten zunächst einmal die technischen Voraussetzungen für die Digitalisierung geschaffen werden, heißt es in einem gemeinsam erarbeiteten Aufruf der Landesverbände. Dazu gehöre, «die bayerischen Klassenzimmer (...) zügig auszustatten und an das Internet mit 100 Megabit anzuschließen». Zudem brauche es zusätzliche hauptamtliche technische Systembetreuer - und zwar eine Vollzeitstelle auf etwa 500 Schüler.

Der zweiseitige Aufruf ist am 1. Oktober im Rahmen des «Digital Media Lab» (digitales Medienlabor) im unterfränkischen Karlstadt verabschiedet worden. Das Projekt des Johann-Schöner-Gymnasiums zur Digitalisierung und Medienkompetenz richtet sich an Schulen, Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen. Es soll den Machern an den bayerischen Schulen Impulse auf dem Weg zur digitalen Schule liefern.

Nieders.-AfD weist «Stasi-Methoden» zurück

Hannover (dpa) - Auch die AfD in Niedersachsen will Eltern und Schüler in Niedersachsen dazu anspornen, Stimmungsmache gegen die Partei an Schulen über eine Internetplattform zu melden. Die AfD erwäge, eine Plattform wie in Hamburg einzurichten, sagte AfD-Fraktionschefin Dana Guth am 28. September in Hannover. «Gerade gegen die AfD wird an den Schulen immer wieder Politik gemacht.» Es gebe viele Fälle, in denen die Neutralität der politischen Korrektheit geopfert werde. Der AfD könnten wegen

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - SCHULE

der Plattform keine «Stasi-Methoden» unterstellt werden, sagte sie. Auch bei der Berliner AfD ist ein ähnliches Portal im Gespräch.

Wenn bei Beschwerden von Schülern oder Eltern Gespräche mit der Schule nicht helfen, kann in Niedersachsen regulär die Landesschulbehörde eingeschaltet werden. Fälle angeblicher Indoktrination durch Lehrer spielen dort nach Auskunft des Kultusministeriums aber keine Rolle.

In Hamburg, wo die AfD bereits eine Plattform eingerichtet hat, warf die Schulbehörde der Partei vor, Kinder zu Denunzianten zu machen und einseitig zu instrumentalisieren. Derartige Internetportale seien für ein gutes Schulklima nicht zweckdienlich. Die Behörde wollte prüfen, ob es überhaupt rechtlich zulässig ist, dass Schüler, Eltern oder Lehrer schulische Vorfälle auf einem AfD-Internetportal melden.

Hunderte langzeitfehlende Lehrer in Meck.-P.

Schwerin (dpa) - An Mecklenburg-Vorpommerns Schulen sind mehrere Hundert der rund 12 000 Lehrer dauerkrank oder fehlen aus anderen Gründen längerfristig - etwa weil sie in Elternzeit sind. Am Stichtag 26. Juni 2018 waren nach Angaben des Bildungsministeriums 183 Lehrkräfte länger als sechs Monate und 208 Lehrer länger als ein Jahr krank, in Elternzeit oder aus anderen Gründen nicht im Dienst.

Weitere 332 Lehrkräfte waren zwischen sechs Wochen und sechs Monaten nicht da, wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion hervorgeht, die am 4. Oktober in Schwerin veröffentlicht wurde. Von den 720 mehr als sechs Wochen fehlenden Lehrern waren 275 in Mutterschutz oder Elternzeit.

Nach Angaben der Linken geht den betroffenen Schülern durch die langzeitfehlenden Lehrkräfte massiv Unterricht verloren. «Die Landesregierung reagiert völlig unzureichend auf diesen unhaltbaren Zustand», kritisierte die Fraktionsvorsitzende Simone Oldenburg. Da Planstellen von abwesenden Beamten nicht neu besetzt werden dürften, seien sehr viel mehr Vertretungslehrkräfte erforderlich.

Internet

- Kleine Anfrage und Antwort <http://dpaq.de/TnC2V>

Hessen fördert Familienklassen

Wiesbaden (dpa) - Hessen unterstützt künftig Grundschulen im Land bei der Einrichtung sogenannter Familienklassen, um Kinder mit Schulproblemen gezielt zu fördern. Bei dem Konzept begleiten die Eltern ihre Söhne oder Töchter über mehrere Monate hinweg einmal die Woche zum Unter-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - SCHULE

richt. Die Erfahrungen im Lahn-Dill-Kreis mit Familienklassen seien sehr positiv, sagte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) am 1. Oktober in Wiesbaden. Daher unterstütze das Land künftig alle Kommunen, die das Modell in ihren Schulen einführen wollen, unter anderem mit 10 000 Euro pro Klasse.

In den Lerngruppen mit etwa acht Kindern geht es unter anderem darum, dass die Mädchen und Jungen ihre Schwierigkeiten im Schulalltag gemeinsam mit den Eltern lösen. Dabei unterstützen sie ein speziell ausgebildeter Trainer der Jugendhilfe und ein Lehrer. Wenn Kinder in der Schule auffällig würden, habe dies oft mit der familiären Situation zu tun, sagte Lorz. Daher sei es sinnvoll, dass Eltern und Kinder gemeinsam lernten, wie die Leistungen in der Schule besser werden könnten.

Internet

- Mitteilung Kultusministerium <http://dpaq.de/zBcq>

Thüringen will Ein-Fach-Lehrern helfen

Erfurt (dpa) - Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Linke) will die Benachteiligung sogenannter Ein-Fach-Lehrer einem Medienbericht zufolge beenden. Die Lehrer, deren DDR-Ausbildung nach bundesrepublikanischem Recht nicht anerkannt wurde, sollen Kollegen mit einer Lehrbefähigung in zwei Schulfächern gleichgestellt werden.

«Ein-Fach-Lehrer, die langjährig im Schuldienst arbeiten und zwei oder mehr Fächer unterrichtet haben, sollen eine Prüfung ablegen können und bei Bestehen den Zuschlag als Zwei-Fach-Lehrer erhalten», sagte Holter der «Thüringischen Landeszeitung» (3. Oktober). Das Lehrerbildungsgesetz solle geändert werden. Ende dieses Monats will Holter dem Bericht zufolge die Novelle ins Kabinett einbringen. Davon profitieren würden gut 400 Lehrer an Regel- und Gemeinschaftsschulen, wie die Zeitung schreibt.

Rechnungshof gegen Bundeshilfe für Länder

Berlin (dpa) - Der Bundesrechnungshof hat sich gegen das Vorhaben von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) ausgesprochen, Kommunen bei Schulinvestitionen und dem sozialen Wohnungsbau finanziell zu unterstützen. Das berichtet das «Handelsblatt» (5. Oktober) unter Berufung auf eine 41-seitige Stellungnahme für den Haushaltsausschuss des Bundestages. «Mit der Ausweitung der Finanzhilfen auf alle Kommunen und jetzt auch Maßnahmen der Länder greift der Bund tief in die Kernkompetenz der Länder ein», so der Rechnungshof. «Hierfür besitzt er jedoch nach der bestehenden föderativen Aufgabenteilung keine Kompetenz.»

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - SCHULE

Die Bundesregierung will Milliardenbeträge für die Digitalisierung von Schulen, den sozialen Wohnungsbau und den Nahverkehr zur Verfügung stellen. Das sind Aufgaben der Länder und Kommunen. Damit der Bund helfen darf, soll das Grundgesetz geändert werden. Dies ist jedoch umstritten, und es ist unklar, ob die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erreicht wird. Bei der ersten Beratung im Bundestag hatte Scholz für die Pläne geworben. Die Länder blieben für Bildung zuständig, versicherte er. Der Bund müsse sie aber stärker unterstützen.

Sachsen-SPD wirbt für Gemeinschaftsschule

Dresden (dpa) - Die SPD ist vom Erfolg eines Volksantrages für eine Gemeinschaftsschule in Sachsen überzeugt. «Viele Sachsen verbinden aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen eher positive Gefühle mit längerem gemeinsamen Lernen. Ich bin optimistisch: Die Gemeinschaftsschule wird kommen», sagte SPD-Chef Martin Dulig am 4. Oktober in Dresden und sprach von einer «sanften Revolution». Denn die neue Schulart soll lediglich als Option ins Schulgesetz und würde das sächsische Schulsystem nicht generell in Frage stellen.

Seit kurzem sammelt ein breites Bündnis Unterschriften für den Volksantrag zur Einführung der Gemeinschaftsschule. Danach sollen das Schulgesetz und das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft um die neue Schulart ergänzt werden. Das Ziel besteht darin, Kinder nicht schon nach der Grundschule zu trennen. Grüne und Linke unterstützen den Vorstoß. Auch die AfD hatte sich für ein längeres gemeinsames Lernen ausgesprochen, allerdings nicht in einer Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 12.

Internet

- Bündnis für Gemeinschaftsschule <http://dpaq.de/HCoVC>

Umbau der Schulverwaltung in BaWü konkreter

Stuttgart (dpa) - Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hat ihr seit langem erwartetes Konzept zum Umbau der Schulverwaltung vorgelegt. Darin geht es insbesondere um die Schaffung zweier neuer Institute, um langfristig die Unterrichtsqualität zu verbessern. Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) sollen die Probleme im baden-württembergischen Kultusbereich systematisch angehen, wie es in der Kabinettsvorlage heißt. Beide Institute sollen nach früheren Angaben Anfang 2019 an den Start gehen. Schüler in Baden-Württemberg waren zuvor in bundesweiten Vergleichsstudien abgesackt.

S.-H.: Anträge für Schulbaumittel jetzt möglich

Kiel (dpa) - Rund 139 Millionen Euro stellen das Land Schleswig-Holstein und der Bund für den Bau und die Sanierung von Schulgebäuden bereit. Seit dem 1. Oktober können die Träger Förderanträge bei der Investitionsbank stellen, wie das Bildungsministerium mitteilte. Es hatte eine Prioritätenliste aufgestellt. «Damit greift das Land zum ersten Mal seit Jahren den Schulträgern unter die Arme», sagte Ministerin Karin Prien (CDU). Die Antragsfrist läuft bis zum 30. September 2019. Erstmals habe das Land eine Bestandsaufnahme gemacht und einen enormen Sanierungstau vorgefunden, sagte Prien.

Aus einem Investitionsprogramm des Bundes erhält das Land 99,7 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen. Hierfür wurden 67 Maßnahmen von 49 Trägern angemeldet. Hinzu kommen 39 Millionen Euro Sanierungshilfen des Landes. Hier können nun für 39 Maßnahmen von 36 Schulträgern Anträge gestellt werden. Mit den Mitteln der Träger kommen damit 359 Millionen Euro für die Sanierung der Schulinfrastruktur zusammen. «Der Schulbau wird also in den nächsten Jahren erheblich gestärkt», sagte Prien.

VORSCHULE

Mütter arbeiten früher wegen Elterngeldes

Düsseldorf (dpa) - In den ersten zehn Jahren seit Einführung des Elterngeldes ist die Erwerbstätigkeit von Müttern ab dem zweiten Lebensjahr ihres Kindes erheblich gestiegen. Im zweiten Lebensjahr des Kindes habe die Erwerbsbeteiligung der Mütter 2017 etwa zehn Prozentpunkte höher gelegen als 2006, im dritten Lebensjahr sogar 15 Prozentpunkte, berichtet die «Rheinische Post» (1. Oktober) unter Berufung auf eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Demnach wuchs der Anteil der berufstätigen Mütter einjähriger Kinder in diesem Zeitraum von 34,6 auf 44 Prozent. Im dritten Lebensjahr waren dem Bericht zufolge 44,1 Prozent der Mütter im Jahr 2006 erwerbstätig, 2017 waren es dann 60,1 Prozent. Mütter von Kindern unter einem Jahr gingen dagegen deutlich seltener arbeiten: Seien 2006 noch 22,5 Prozent aller Mütter im ersten Lebensjahr des Kindes berufstätig gewesen, waren es 2017 nur noch 9,2 Prozent.

Das Elterngeld war am 1. Januar 2007 eingeführt worden. Es wird im Kernzeitraum zwölf Monate gezahlt, zwei zusätzliche Monate kommen hinzu, wenn sich auch der Partner Zeit für das Kind nimmt und seine Erwerbstätigkeit reduziert oder aussetzt.

«Mit dem Elterngeld sollte einerseits ein finanziell gut abgesicherter Schonraum für die Familien im ersten Lebensjahr des Kindes geschaffen und andererseits eine frühe Rückkehr der Mütter in den Arbeitsmarkt gefördert werden», erklärte IW-Forscher Wido Geis-Thöne. «Dass dies tatsächlich erfolgreich war, zeigt die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Müttern in den ersten Lebensjahren ihrer jüngsten Kinder.»

Auch der Anteil der in Vollzeit arbeitenden Mütter war dem Bericht zufolge 2017 deutlich höher als noch 2006. In dieser Zeit wurde auch der Kita-Ausbau in Deutschland stark vorangetrieben.

Naturtrainer für Kita-Kinder

Düsseldorf/Essen (dpa) - Was frisst eigentlich ein Igel? Und warum sehen nicht alle Äste gleich aus? Kinderfragen, denen seit einigen Jahren geschulte «Naturtrainer» in Kindertageseinrichtungen zusammen mit dem Nachwuchs nachgehen. 69 Trainer hat der Naturschutzbund in NRW seit 2014 bereits ausgebildet. Ab Ende Oktober beginnen 70 weitere Naturliebhaber einen einjährigen Kurs.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - VORSCHULE

An zehn Workshop-Tagen lernen die Teilnehmer etwa, wie sie später mit Kindern mit Naturfarben malen, ein Zweigpuzzle basteln oder mit Wildkräutern Schoko-Plätzchen herstellen können. Auch die Klassiker «Herbstbilder aus Blättern» oder «Männchen aus Kastanien» stehen auf dem Programm. «Möglichst viele Kinder sollen an die Natur herangeführt werden», sagt Vivienne Dobrzinski vom Nabu Essen. «Wichtig ist, dass man den Kindern die Inhalte spielerisch vermittelt.»

Zehn Workshop-Tage müssen die Teilnehmer absolvieren. Angeboten wird die für Teilnehmer kostenlose Ausbildung in Köln, Essen, im Münsterland, in Paderborn/Lippe und in Herford. Vor allem Menschen «in der nachberuflichen Phase» hat der Nabu im Blick. Die Ausbildung steht aber auch Jüngeren offen.

Das Programm sieht vor, dass die Naturtrainer mit den Erziehern eines Kindergartens regelmäßig in Aktion treten, «mindestens einmal im Monat». Möglich sind aber auch Projektwochen. Schon während der Ausbildung suchen sich die Teilnehmer eine Kita und entwickeln eigenständig Spiele und Projekte. Am Ende der Ausbildung erarbeiten die neuen Naturtrainer dann ein eigenes Projekt.

Internet

- Infos des Nabu zum Naturtrainer-Projekt <http://dpaq.de/AWjGM>

Debatte um AWO-Kindergarten auf Mallorca

Schwerin (dpa) - Mit einer eigenen Kindertagesstätte auf der spanischen Urlauberinsel Mallorca hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Schwerin für Diskussionen gesorgt. Das Sozialministerium bewertete das Projekt, über das zunächst NDR 1 Radio MV berichtet hatte, als «ungewöhnlich». Eine Kita auf Mallorca liege nicht im Landesinteresse, hieß es aus dem Ministerium. Der Vorsitzende des AWO-Kreisvorstandes Schwerin-Parchim, Bernd Sievers, betonte, dass für die Einrichtung in Santa Maria bei Palma keine Landesmittel verwendet worden seien.

Das AWO-Engagement gehe auf das EU-Projekt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa zurück. Etwa 40 junge Spanier hätten in Schwerin eine Pflegeausbildung absolviert. «Auch in der Kinderbetreuung sind personelle Lücken da, die wir vielleicht auch mit ausländischen Kräften füllen können», begründete Sievers das Kita-Projekt auf Mallorca, in dem bis zu 28 Kinder auf deutsch und spanisch betreut werden könnten. Die Hoffnung sei, dass mit der Kita Interessenten für eine Ausbildung und Tätigkeit in Deutschland geworben werden können.

Internet

- Homepage AWO-Kindergarten auf Mallorca <http://dpaq.de/wWL8u>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - TERMINE

TERMINE

Oktober 2018

08. Eröffnung der Fraunhofer-Erlebniswelt #Zukunftsarbeit, Beitrag der Fraunhofer-Gesellschaft zum BMBF-Wissenschaftsjahr „Arbeitswelten der Zukunft“, Berlin, Info: <http://dpaq.de/csSqC> , (bis 12.)
08. Tagung zum Thema „Aus Sicht des multilingualen Kindes: Linguistische Theorie, Sprachgebrauch und Sprachstrategien innerhalb und außerhalb der Schule“, Universität Wuppertal, Wuppertal, Info: +49 202/439-2160, (bis 10.)
08. Herbst-Uni für Schülerinnen und Schüler zum Kennenlernen von Studiengängen in Ingenieur- und naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen, Universität Magdeburg, Magdeburg, Info: <http://dpaq.de/elc6U> , (bis 12.)
08. Chemie-Schnupperkurse für Schülerinnen, Universität Göttingen Göttingen, Info: <http://dpaq.de/lxf0U>, (bis 10.)
09. Praxisphasentag 2018 zum Thema „Lerngelegenheiten schaffen“, Freiburg Advanced Center of Education, Freiburg, Info: <http://dpaq.de/kZqkM>
09. Podiumsdiskussion mit Konzert zum Thema „Klangwelten: Wie mächtig ist das Hören?“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/4wH53>
10. Konferenz mit Workshops zum Thema „Prämissen und Anspruchsgruppen der roten und grünen Genomeditation“, Universität Halle-Wittenberg und Museum für Naturkunde Berlin, Halle, Info: <http://dpaq.de/42XOY> , (bis 11.)
10. Bildungskongress der Frankfurter Buchmesse. Gesund aufwachsen – gesund lernen: Kita und Schule als Orte der gesunden Entwicklung. Frankfurter Buchmesse, Frankfurt, Info: <http://dpaq.de/Lptq8>
10. Vortrag zum Thema „Educational Systems and the Core Tasks of Schooling: Social Mobility, Work, and Civic Engagement, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/FWFRl>
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
12. GEW-Jugendtagung: 50 Jahre 68er – zwischen Utopie und Zwang, GEW, Walsrode, Info: <http://dpaq.de/NPzyR> (bis 14.)
13. Studien-Infotag „Startschuss Abi“, , e-fellows.net, Stuttgart, Info: <http://dpaq.de/8Z37w>
16. Vortrag zum Thema „Data Science, Philology And Society“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/BH1Pj>
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 19.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 - TERMINE

18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
18. Internationaler interdisziplinärer Kongress zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen in der Entwicklung zur inklusiven Hochschule“, Pädagogische Hochschule Salzburg, Salzburg, Info: <http://dpaq.de/K4vrT> , (bis 19.)
23. Kongress zum Thema „Zwischen Sprachen und Kulturen: Moderne hebräische und jiddische Literatur im östlichen Europa“, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Leipzig, Info: +49 341/21735-50, (bis 25.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zqXGK>
26. Internationale Tagung zum Thema “Failing Identities, Schools and Migrations – Teaching in (Trans-)National Constellations, Universität Bremen, Bremen, Info: <http://dpaq.de/3sA1Z> , (bis 28.)
27. Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2018 an Terézia Mora und Verleihung des Sigmund-Freud-Preises 2018 an Wolfgang Kemp, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/Jne0t>
29. Osnabrücker Firmenkontaktmesse CHANCE 2018, Professional School , Hochschule Osnabrück, Info: <http://dpaq.de/ZDvv8>

November 2018

06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: +49 (0) 228 887-153
07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
07. 4. Science Slam „Wissenschaft auf die Bühne“, Universität Erfurt, Erfurt, Info: <http://dpaq.de/0Kugk>
08. 236. Amtschefskonferenz, Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/pZTqB>
08. Verhalten in digitalen Umgebungen. Workshop über aktuelle Trends in der Computational Social Science, Sozialwissenschaftliches Methodenzentrum, Universität Bremen und DFG, Bremen, Info: <http://dpaq.de/OfIYC> , (bis 10.)
09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>
09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulmensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2018 08. Oktober 2018 -

11. 14. Deutsche Konferenz zur Chemieinformatik, Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Mainz, Info: <http://dpaq.de/cUBqj> , (bis 13.)
14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
22. Jahrestagung 2018 des Universitätskollegs QPL: Diversität als Chance. Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/2SqPr> (bis 23.)
29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)
29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

Dezember 2018

04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen - Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias
Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.